

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter
und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands

Nr. 52.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint
jeden Samstag. Für Nichtmitglieder durch
die Post bezogen vierteljährlich 3 Mark.
Fernsprech-Nummer 4423.

Düsseldorf, 28. Dezember 1912.

Redakteur: A. Seutmann, Düsseldorf,
Kavalleriestr. 22. Expedition u. Druck von
Joh. van Aken, Krefeld. Tel.-Nr. 1358.
Telegr.-Adresse: Textilarbeiter Düsseldorf.

14. Jahrg.

Allen Mitgliedern und Freunden
unseres Verbandes zum Jahreswechsel

Glück und Segen

wünschen

Zentralvorstand und Redaktion.

Das Jahr 1912

war für die christliche Gewerkschaftsbewegung besonders reich an bedeutsamen Ereignissen. Es war in ganz besonderem Maße ein Kampfsjahr, aber auch ein Jahr großer Erfolge und schöner Triumphe. Darum kann ein Rückblick auf den abgelaufenen Zeitabschnitt in dem christlichen Gewerkschaftler nur ein Gefühl der Genugtuung und Befriedigung auslösen.

Zu Beginn des Jahres gingen in Deutschland die Wogen der Erregung hoch infolge

der Reichstagswahl.

Mit einer beklagenswerten Heftigkeit befehdeten sich namentlich die bürgerlichen Parteien untereinander. Infolgedessen konnte die Sozialdemokratie mit 110 Mandaten als die stärkste Partei in den Reichstag einziehen. Sie hat diese Mandatsstärke nicht aus eigener Kraft errungen, sondern sie zum guten Teile der Uneinigkeit und Unterstützung der bürgerlichen Parteien zu verdanken. Allerdings entspricht ihr positiver Einfluß im Parlamente in keiner Beziehung der großen Zahl der Mandate. Die sozialdemokratische Presse selbst gab sich alle Mühe, die hoch gespannten Hoffnungen der Wähler um viele Grade herabzudrücken. Es ist zu erwarten, daß auch in diesem Reichstags die Sozialdemokratie nichts anderes leistet als recht viele radikale Reden. Sicherlich wird die Arbeiterschaft von diesem Reichstags in folge seiner Zusammensetzung nur sehr wenig erwarten dürfen. Je mehr Genossen im Reichstags sitzen, desto geringer sind die Aussichten für eine arbeiterfreundliche Gesetzgebung.

Bei den letzten Reichstagswahlen hat sich die nationale Bedeutung unserer christlich-nationalen Arbeiterbewegung in einer glänzenden Weise gezeigt. Dort, wo in den rheinisch-westfälischen Großstädten das Bürgertum den Ausschlag für den Ausgang der Wahl gab, sind die Genossen gegen die bürgerlichen Kandidaten gewählt worden, wie in Köln und Düsseldorf; wo jedoch die christlich-national gesinnten Arbeiter die entscheidende Rolle spielten, da haben die Genossen ganz bedeutende Mandatschläge erhalten. Der Ausgang der Wahlen in Essen, Bochum, Duisburg ist ein glänzender Beweis für die nationale Zuverlässigkeit und Bedeutung unserer Arbeiterbewegung. Sie hat aus den Wahlen einen großen Gewinn gezogen.

Die Niederlage der Sozialdemokratie im rheinisch-westfälischen Industriegebiet gehörte mit zu den Gründen, die für den

Bergarbeiterkampf im Ruhrrevier

den Ausschlag gaben. Selten ist mit den Arbeiterinteressen ein so frivoles Spiel getrieben worden, wie in diesem Falle. Kein stichhaltiger gewerkschaftlicher Grund konnte für diesen unglücklichen Kampf, der so bald einen jähen Zusammenbruch erfuhr, ins Feld geführt werden.

Es waren nur wenige Arbeiter organisiert, es fehlte an Geld, an Schulung und Disziplin der Massen, an günstigen Konjunkturverhältnissen, es fehlte an allem, was einen Bergarbeiterkampf vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus rechtfertigen und aussichtsvoll erscheinen ließe. Der „Alte Verband“ provozierte den Streik aus politischen Gründen; der arg zerschundenen Parteihäre, dem internationalen Solidaritätsgedanken zuliebe. Der Hirsch-Dunckerische Gewerksverein trottelte wie ein willfähiges Büblein hinter dem sozialdemokratischen Verbands her, um den politischen Charakter der Bewegung nach Möglichkeit zu verdecken. Der Kampf mußte recht bald bedingungslos abgebrochen werden, nachdem die streikenden Bergarbeiter ungeheuren Schaden erlitten hatten. Noch nie ist in der deutschen Arbeiterbewegung die Haltung einer Gewerkschaftsorganisation so rücksichtslos bloßgelegt und von der allgemeinen Öffentlichkeit so scharf verurteilt und gebrandmarkt worden, als in diesem Fall. Dieser Bergarbeiterstreik ist und bleibt für immer ein Schandfleck für die beteiligten Organisationen.

Der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter hat diesen frivolen Streik nicht mitgemacht. Dadurch hat er sich um die Gewerkschaftsfrage, um die Sache der Bergarbeiter und um die deutsche Volkswirtschaft außerordentlich verdient gemacht. Der Gewerksverein hat einen mannhaften Kampf geführt für die Wahrung gewerkschaftlicher Grundsätze bei gewerkschaftlichen Kämpfen, er hat den sozialdemokratischen Terror gebrochen und unsere gesamte Volkswirtschaft vor einem bedeutenden Schaden bewahrt. Dafür gebührt ihm Dank und Anerkennung. Infolge des mannhaften Verhaltens des Gewerksvereins christlicher Bergarbeiter hat die Sache der christlichen Gewerkschaften viel gewonnen.

Auf ihrer vollen Höhe hat

der Dresdener Kongress

die christlichen Gewerkschaften gezeigt. Er war eine glänzende Kundgebung für unsere Bewegung. Der Kongress hat unser Ansehen gehoben und in mancher Beziehung neue Wege für die Ausbreitung unserer Sache eröffnet.

„Dresden“, so schrieb Dr. Brauns in der R.-Z., „hat die christliche Gewerkschaftsbewegung innerlich gestärkt, hat ihr neue Antriebe gegeben, neue Freunde gewonnen. Hervorragende Führer im evangelischen Lager Sachsens, zum ersten Male der katholische Bischof mitten unter zahlreichen Gästen, an deren Spitze die Vertreter der Landes- und Reichsregierung; das alles wird nicht unbemerkt bleiben. Das waren Verhandlungen, die in die Tiefe und in Höhen gingen, die wissenschaftlich hoch standen, die Eigenleben deutlich erkennen ließen. Referate und Diskussionen verrieten festgefügte Einheit in den Grundanschauungen, offenbarten den ernstesten Willen zu aufbauender, fruchtbarer Arbeit am Arbeiterwohl wie am Gesamtwohl. Wohltuend sticht der christlich-nationale Dresdener Kongress gegen sozialistische Kongresse ab. Es war eine Tagung von hohem Wert für Volkswirtschaft und Staat. Die Erfolge werden nicht ausbleiben: Dresden, ein Markstein in der christlichen Gewerkschaftsbewegung.“

Schon dieser Kongress hatte in einer entschiedenen, unzweideutigen Weise Stellung

zum Gewerkschaftsstreit

genommen, der sich durch die ganze letzte Hälfte des vergangenen Jahres zog. Eigentlich hat dieser Streit ja seit zwölf Jahren nicht geruht; er tobte bald heftiger, bald milder. Auf all die Einzelheiten einzugehen, wird nicht notwendig sein, sie sind von Dresden und namentlich vom Essener außerordentlichen Kongress her in frischer Erinnerung. Ob der leidige Gewerkschafts-

streit mit der bedeutsamen Essener Kundgebung für die christlichen Gewerkschaften seinen endgültigen Abschluß gefunden hat, läßt sich mit Sicherheit nicht sagen. Wir haben gelernt, in diesem Punkte sehr stark mit „unvorhergesehenen Ereignissen“ zu rechnen. Es hängt ja wesentlich davon ab, ob unsere Gegner von „Sitz Berlin“ und ihre Helfer ihre alte, seit rund 12 Jahren mit wachsender Bosheit geübte Methode endlich aufgeben werden; und wenn nicht, welchen „Erfolg“ sie bei der Kurie mit ihrer häßlichen Art haben. Zwar hätten sie alle Veranlassung, von ihren bislang gegangenen dunklen Wegen abzuweichen. Einen sachlichen Erfolg haben ihnen alle ihre Bemühungen doch nicht gebracht. Nach der negativen Seite hin zwar wohl. Die christlichen Gewerkschaften hätten Tausende von Mitgliedern mehr und die sozialdemokratischen Gewerkschaften weniger haben können, wenn die gewerkschaftliche Brunnenvergiftung im katholischen Lager nicht gewesen wäre. Die kirchliche Behörde ist durch den Fachabteilungsstreit, mehr als ihr lieb sein konnte und ihrer Autorität dienlich war, in die öffentliche Diskussion gezogen worden. Der moralische Schaden, den die „Berliner“ angerichtet haben, ist unberechenbar. Und die positiven Erfolge? Nirgends sind sie! Oder ist das ein Erfolg, daß die katholischen Fachabteilungen nun trotz alledem und alledem, trotz aller Mühsal und päpstlicher Kundgebungen es „glücklich“ auf 10000 Mitglieder gebracht haben und in der ganzen Arbeiterbewegung eine sachlich total belanglose, jedoch verächtliche Stellung einnehmen? An unsere Mitglieder draußen im Lande möchten wir die Bitte richten, öffentliche Auseinandersetzungen mit den „Berlinern“ zu vermeiden. Praktischen Wert hat es doch nicht. Gewerkschaftliche Erfolge sind damit nicht zu erzielen. Höchstens, daß man gewärtig sein muß, von den „Berlinern“ die Worte im Munde herumgedreht zu bekommen und später von ihnen bei irgend einer kirchlichen Stelle denunziert zu werden. In den Bezirken, wo die „Berliner“ in Frage kommen, möge man darum keine Versammlungen derselben besuchen und sie auch nicht in unseren Versammlungen zu Wort kommen lassen. Auch mögen unsere Kollegen im Arbeitsverhältnis jede Auseinandersetzung mit „Berlinern“ nach Möglichkeit vermeiden.

Berücksichtigt man alle die in Betracht kommenden Umstände, dann darf man die Hoffnung hegen, daß unsere Bewegung vor ähnlichen großen Beunruhigungen, wie sie sie namentlich in den letzten Jahren wiederholt erfahren hat und die meistens in Kundgebungen kirchlicher Kreise ihren Grund hatten, in der Zukunft bewahrt bleiben wird. Wir wollen damit keine Gewißheit aussprechen, haben aber zu den deutschen Bischöfen das Vertrauen, daß sie in dieser Richtung nicht müßig sein werden. Komme jedoch, was kommen mag, Ruhe kann uns allein die Gewißheit geben, daß wir für eine gerechte und gute Sache streiten und unsere Mitglieder treu und geschlossen hinter uns stehen.

Werfen wir nunmehr einen kurzen Rückblick auf die Begebenheiten

unseres eigenen Verbandes.

Die Geschäftslage, die ja die Tätigkeit und die Entwicklung eines Verbandes beeinflusst, hat namentlich in der letzten Hälfte des vergangenen Jahres eine wesentliche Belebung erfahren, die selbst die politischen Ereignisse auf dem Balkan nur in geringem Maße ungünstig zu beeinflussen vermocht haben. Im allgemeinen herrscht zur Zeit lofter Geschäftsgang, wenn wir dabei namentlich von der Seiden- und von der Seidenhandindustrie absehen. Diese Branchen gehen zur Zeit sehr schlecht. Entsprechend der besseren Konjunkturverhältnisse war auch das Bestreben unserer Mitglieder, ihre durch schlechte Konjunkturen und die Verteuerung der Lebensmittel verschlechterte Lebenshaltung aufzubessern, sehr

lebhaft. Unser Verband hat im vergangenen Jahre eine große Anzahl Lohnbewegungen und Streiks mit schönem Erfolge durchführen können. Er hat sich im vergangenen Jahre wieder als eine sehr wirksame Interessenvertretung seiner Mitglieder erwiesen. Größere Ausperrungen hat unser Verband im vergangenen Jahre nicht durchgemacht, jedoch wird uns zum Schlusse des Jahres wieder mal eine im Münsterlande angekündigt.

Das Jahr 1912 hat uns einen besonderen Aufschwung in der Mitgliederbewegung nicht gebracht, jedoch haben wir desto mehr gearbeitet an der Festigung der vorhandenen Mitglieder. In besonderen Konferenzen, Bezirkskursen usw. ist mit schönem Erfolge der Versuch gemacht worden, in allen Ortsgruppen tüchtige, geschulte und opferfreudige Mitarbeiter heranzubilden. So erhält unser Verband allwärts kräftige Stützen. Die Bezirkskurse haben das erfreuliche Ergebnis gezeitigt, daß wir in unserer Organisation überall über intelligente, strebsame jüngere Kolleginnen und Kollegen verfügen, die gewillt sind, mitzuarbeiten, die aber herangezogen und herangebildet werden müssen. Diese Kurstätigkeit soll auch in dem nächsten Jahre fortgesetzt werden.

Im Mittelpunkt der Begebenheiten unseres Verbandes steht

unsere Elberfelder Generalversammlung.

Sie hat zur Kräftigung des Verbandes durch ihre durchgreifende Reform außerordentlich viel beigetragen. Infolge der Einführung der Lokalzuschläge zur Bestreitung der örtlichen Bedürfnisse wird der Verband in der Zukunft eine bedeutende finanzielle Stärkung erfahren und dem organisierten Unternehmertum und der sozialdemokratischen Konkurrenzorganisation gerüsteter denn je gegenüberstehen. Durch die Neuregelung des Unterstützungswesens sind die im Laufe der Zeit zutage getretenen Auswüchse desselben im großen und ganzen beseitigt worden. Die Elberfelder Generalversammlung hat die Schlagfähigkeit unseres Verbandes erhöht, ihn innerlich gestärkt und gestützt.

Ende Juli des Jahres 1912 fand in Wien der Kongreß der internationalen Vereinigung christlicher Textilarbeiterorganisationen statt, der in der Deffentlichkeit weithin Beachtung gefunden und die internationalen Beziehungen unseres Verbandes fester gestaltet hat. Die Verhandlungen waren für die Textilarbeiter aller Länder von großer Bedeutung.

So bietet ein Rückblick auf das nunmehr zu Ende gegangene Jahr zwar manche unerfreuliche Momente, aber doch auch viele Stützpunkte. Es war für unsere Bewegung ein Jahr besonders harter Kämpfe, aber auch besonders schöner Erfolge und Triumphe. Im ganzen hat es unsere Bewegung ein gutes Stück weiter gebracht. In kaum einem anderen Zeitabschnitt ist so viel von den christlichen Gewerkschaften geredet und geschrieben worden, als gerade im Jahre 1912. Die christlichen Berufsorganisationen haben ihre nationale, soziale und volkswirtschaftliche Notwendigkeit in einer glänzenden Weise erbracht. Die Erkenntnis von der Unentbehrlichkeit unserer Bewegung dringt in immer weitere Kreise des deutschen Volkes. Darum wollen wir rüstig weiter arbeiten für unsere Sache, trotz aller Befehdung. Das Jahr 1912 hat uns gezeigt, daß unsere Ideen immer weiter durchdringen, daß unsere Bewegung an Macht und Einfluß wächst. Darum ist die Arbeit für sie auch so erfreulich. In diesem Sinne allen ein

glückseliges Neujahr!

Zur Zentralisation der Ortskrankenkassen.

Durch die Reichsversicherungsordnung und den Erlass der preuß. Minister für Handel und Gewerbe und Landwirtschaft vom 1. November 1912 ist eine weitgehende Zentralisation der Ortskrankenkassen vorgeesehen. Der Gedanke der Zentralisation ist gut. Durch Beschluß des Gemeindeverbandes können nun allgemeine Ortskrankenkassen (und Landkrankenkassen) neu errichtet werden. (§231.) Das Einführungsgezet zur Reichsversicherungsordnung sieht aber auch in Artikel 15 die Ausgestaltung einer bereits bestehenden gemeinsamen Ortskasse zur allgemeinen Ortskrankenkasse vor. Sowohl diejenigen Kassen, die alle Ortskrankenkassenpflichtigen umfassen, wie auch die gemeinsamen Ortskassen, die bereits einen großen Teil der nach dem Krankenversicherungsgezet Ortskrankenkassenpflichtigen des Bezirks umfassen, können zu einer allgemeinen Ortskasse ausgehakt werden. Neben der allgemeinen Ortskrankenkasse können nach § 239 ff. der Reichsversicherungsordnung besondere Ortskrankenkassen zugelassen werden.

Auf diesem Gebiete wird es nun ohne Zweifel zu manchen Auseinandersetzungen kommen. Unter dem Vor- sitz des Geh. D.-Rat. Hates Dr. Hoffmann aus dem

preussischen Handelsministerium haben nämlich in den letzten Wochen Sitzungen bei den Regierungspräsidenten stattgefunden, in denen man Beschlüsse gefaßt hat, mit wenig Rücksicht auf die Anträge wegen der bestehenden Ausgestaltung zur allgemeinen Ortskasse oder Zulassung als besondere Kasse, meistens zur Gründung von neuen allgemeinen Kassen überzugehen. Daneben wurde aber auch der Gründung von Landkrankenkassen im westlichen Teile der preussischen Monarchie zugestimmt.

Das Bestreben nach Zentralisation seitens der preussischen Zentralregierung geht aber auch soweit, daß der Ministerialerlass den klaren Vorlaut der Reichsversicherungsordnung ins Gegenteil verkehrt. Die Auslegung der Reichsversicherung durch den Ministerialerlass ist daher von größerer Tragweite. Zunächst ist festzuhalten, daß der Art. 15 des Einführungsgezetes zur Reichsversicherungsordnung im Absatz 2 ausdrücklich die Ausgestaltung einer gemeinsamen Ortskrankenkasse zur allgemeinen Ortskasse vorsieht, wenn diese bereits einen großen Teil der Ortskassenpflichtigen umfaßt. Im fraglichen Ministerialerlass heißt es nun:

„Ausgestaltet werden dürfen ferner nach dem klaren Wortlaut des Art. 15 Abs. 1 des Einführungsgezetes nur Ortskrankenkassen, deren Bezirk mit dem Bezirke der demnächstigen allgemeinen Ortskrankenkasse übereinstimmt. Bei freier Auslegung des Art. 15 Abs. 2 würden allerdings die hier bezeichneten Kassen berechtigt sein, sich unter Erweiterung ihres Bezirkes auszugestalten. Abgesehen von anderen Erwägungen würde es aber widersinnig sein, die in Abs. 2 bezeichneten Kassen anders als die in Abs. 1 aufgeführten zu behandeln. Es darf daher nur solchen Kassen die Genehmigung der Ausgestaltung nach Art. 15 Abs. 1 erteilt werden, deren Bezirk sich mit dem Bezirke der in Aussicht genommenen allgemeinen Ortskrankenkasse deckt. Die Gemeindeverbände haben mithin in allen Fällen, in denen mit der Ausgestaltung eine Erweiterung des Bezirkes verbunden sein würde, die Errichtung einer allgemeinen Ortskrankenkasse zu beschließen. Tun sie dies nicht, so hat das Oberversicherungsamt die Errichtung anzuordnen (§ 232) und, wenn diese Anordnung nicht befolgt wird, die Kasse selbst zu errichten.“

Diese Auslegung ist völlig frei und durch das Gesetz nicht begründet. Man denke z. B., daß in einer größeren Stadt bereits eine gemeinsame Ortskasse besteht, daß dann später infolge Eingemeindung ein kleiner Ort mit einer eigenen gemeinsamen Ortskasse angegliedert wird. Dann müßte nach der ministeriellen Anschauung die große Kasse sich auflösen, weil inzwischen der Bezirk der Versicherungsanstalt um ein kleineres größer geworden ist. Sie müßte sich auflösen, auch wenn sie eine ausgezeichnete Verwaltung mit den besten Leistungen hätte. Das kann der Gesetzgeber nicht gewollt haben.

In den oben genannten Sitzungen der Ministerialvertreter mit den Regierungsvertretern ist aber bereits beschloffen worden, bestimmte allgemeine Ortskassen wegen „Gefährdung“ der neuen allgemeinen Ortskassen unter Berufung auf § 240 Z. 2 und § 242 zu schließen.

Der Ministerialerlass gibt hierzu auch eine besondere rein subjektive Auslegung, indem er sagt:

„In der Regel ist davon auszugehen, daß der allgemeinen Krankenkasse oder der Landkrankenkasse mindestens 1000 Personen verbleiben.“

Diese Auslegung des Ministerialerlasses entspricht durchaus nicht den Intentionen des Gesetzes. § 242 der Reichsversicherungsordnung sagt ausdrücklich, daß die (neue) allgemeine Orts- oder Landkasse dann insbesondere als gefährdet gelte, wenn dieser durch das Bestehenbleiben anderer Kassen nicht mindestens 250 Mitglieder verblieben. Diese Zahl auf mindestens 1000 zu erhöhen, dafür ist nirgendwo eine materielle Unterlage vorhanden. Man muß sich hierbei auch erinnern, daß in dem Entwurf zur Reichsversicherungsordnung zuerst das Wort „beeinträchtigt“ vorhanden war. In der zweiten Kommissionslesung ist dieses Wort durch „gefährdet“ ersetzt worden, weil der Begriff „beeinträchtigt“ zu dehnbar ist und einer willkürlichen Auslegung der Boden entgegen werden sollte. Der Erlass des Ministers ist aber eine willkürliche Auslegung der klaren Bestimmungen.

Dieses allgemeine Auflösen der bestehenden Kassen hat aber insofern keine Bedeutung, weil der Gemeindeverband die Säzung der neu zu errichtenden allgemeinen Ortskasse beschließt. Wie die Säzung ausfällt, kann den Versicherten wahrhaftig nicht gleichgültig sein. Hat das Stadtverordnetenkollegium, der Kreistag oder Bürgermeisterrat eine sozialpolitisch rückständige Mehrheit, so wird es schwer sein, eine gute Säzung zu erzielen. In vielen Fällen wird man die Regelleistungen als Unterlage nehmen, schon mit Rücksicht darauf, die Säzungs- und Betriebskassen mit schlechten Leistungen nicht zu „gefährden“. Diese müssen nämlich spätestens sechs Monate nach Errichtung der allgemeinen Ortskasse diesen gleichwertige Leistungen aufweisen oder sich auflösen. Für die Mitglieder derjenigen Kassen, die bis dahin bereits auf größere Mehrleistungen Anspruch hatten, wäre das ein schwerer Rückschlag.

Bei dieser Sachlage gibt es für die Vorstandsmitglieder der bestehenden Ortskassen zwei Maßnahmen. 1) Der Antrag auf Ausgestaltung als allgemeine oder Zulassung als besondere Kasse ist vor dem 1. Januar 1913 zu stellen und event. durch alle Instanzen durchzusetzen. 2) Die Vorstandsmitglieder der bestehenden Ortskassen treten

schon jetzt in eine Prüfung der Frage ein, ob nicht eine Schließung vorhandener Ortskassen und Neugründung einer allgemeinen Ortskasse die beste Lösung ist. Auf jeden Fall aber sollen die Vertreter ihre Mitwirkung nicht versagen, wenn die Gemeindebehörde die Säzung einer Ortskasse beschließen will, damit kein sozialpolitischer Rückschritt erfolgt. Ueber die Zulassung besonderer Ortskassen hat der Gemeindeverband nicht zu befinden. Diese Frage wird vom Versicherungsamt geprüft und begutachtet und vom Oberversicherungsamt entschieden. Gegen die Ablehnung ist die Beschwerde an den Minister einzureichen.

Die Arbeitervertreter in den Ortskassen haben daher alle Ursache, ihr ganzes Augenmerk in diesen Wochen darauf zu richten, daß einer Verschlechterung der Rechte und Leistungen in den Ortskrankenkassen vorgebeugt wird.

Ein Streik der Bergleute im Saargebiet?

Die Unzufriedenheit der Saarbergleute ist schon älteren Datums. Sie ist auch berechtigt. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind in den staatlichen Gruben im Saargebiet vielfach ungünstiger wie im Privatbergbau. Das gab den Vertretern der christlich-nationalen Arbeiterkassette im preussischen Abgeordnetenhaus wiederholt Veranlassung, für die Wünsche und Forderungen der Saarbergleute einzutreten. Dies geschah auch im Jahre 1911 im Anschluß an eine von dem Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter eingereichte Petition, die 31000 Unterschriften aufwies. Der Petition war eine Denkschrift beigegeben, die ein reichhaltiges und einwandfreies Tatsachenmaterial und eine eingehende Aufklärung über die Lage der Saarbergleute enthielt. Die Budgetkommission beschloß damals, die Petition der Regierung als Material zu überweisen in dem Sinne, daß die Staatsbergverwaltung den Wünschen der Arbeiter wohlwollend gegenüber trete und ihnen soweit wie möglich stattgegeben werde.

Auch auf der im Juli 1911 stattgefundenen Generalversammlung des Gewerbevereins wurden über die ungünstigen Verhältnisse an der Saar lebhaft Klagen laut und in einer angenommenen Resolution Wünsche verlangt. Zu Beginn dieses Jahres nahmen die Lohnforderungen der Arbeiter festere Gestalt an. Den Arbeitern wurden Erhöhungen zugesagt, falls eine günstige Entwicklung der wirtschaftlichen Ergebnisse auf den Saargruben eintrete. Diese war nach Ansicht der Arbeiter im Laufe des Sommers zu verzeichnen. Die Forderung stieg, der Ablass war aut. Lohn-erhöhungen aber traten nicht ein; die Folge war, daß im Laufe des Sommers Hunderte von Saarbergleuten nach dem Ruhrrevier und nach ausländischen Revieren auswanderten.

Die ohnehin schon vorhandene Erregung der Arbeiterschaft wurde noch gefördert durch die Unnachgiebigkeit der Verwaltung gegenüber den von den Bergknappen beantragten Verbesserungen des Knappschäftsstatuts. Vor allem aber war es die mit dem 1. Dez. von der Bergwerksverwaltung eingeführte neue Arbeitsordnung, die dem Faß den Boden anstößte. Sie enthielt für die Bergarbeiter neuwertige Verschlechterungen. Der Gewerbeverein nahm auf einer Revierkonferenz dazu Stellung. Die von ihm eingeleiteten Verhandlungen mit der Bergwerksdirektion blieben ohne Erfolg. Auch eine Audienz von drei Vertretern der Bergknappen beim preussischen Handelsminister führte zu keinem Ergebnis. Daß dadurch die Stimmung unter den Saarbergleuten nicht besser wurde, liegt auf der Hand.

Nachdem so alle friedlichen Mittel erschöpft waren, berief der Gewerbeverein abermals eine Revierkonferenz ein. Sie fand am 15. Dez. im katholischen Vereinshaus in Saarbrücken statt. Anwesend waren 359 Delegierte, die 30000 Bergleute vertraten. In geschlossener Säzung wurde zunächst über das Ergebnis der gepflogenen Verhandlungen, wie auch über die einzuschlagenden Wege beraten. Die Vertreter verschiedener Inspektionen erklärten, daß ihre Belegschaften kaum noch zu halten seien. Die anwesenden Vertreter des Zentralvorstandes des Gewerbevereins erklärten:

„Wenn gestreikt werden solle, müßten vorher die Unorganisierten dem Gewerbeverein zugeführt werden. Das könne ja in wenigen Tagen erledigt sein. Die Gewerbevereinsleitung gebe ihre Zustimmung zum Streik, wenn die Konferenz die Garantie biete, daß der Ausbau der Organisation sofort erfolge und rechtzeitig erledigt sei. Vor Ausbruch des Streiks müßten alle Saarbergleute dem Gewerbeverein angehören. Unter allen Umständen müsse dann aber auch die Kündigungsfrist eingehalten werden. Nur unter dieser Bedingung könne der Zentralvorstand dem Streik zustimmen.“

In der nachfolgenden öffentlichen Säzung gingen der Bezirksleiter Kuhnert, der Gewerbevereinssekretär Effert und der Gesamtverbandsekretär Baltrusch auf die Ursachen der Bewegung näher ein. Sie ermahnten insbesondere die Bergleute zu absoluter Ruhe und zu unbedingter Disziplin und Einigkeit. In der dann erfolgten Abstimmung wurde einstimmig beschloffen, am 16. Dezember zu kündigen. Die in der Versammlung gemachten Ausführungen wurden in folgender Resolution zusammengefaßt:

Die anwesenden Vertreter der Belegschaften erklären folgendes:

1. Zur Lohnfrage: Nach der von der königlichen Bergwerksdirektion zu Saarbrücken herausgegebenen Statistik betrug das durchschnittliche Jahreseinkommen eines Arbeiters auf den Saargruben im Jahre 1890 1114 M., 1891 1137 M., 1892 1042 M., zusammen in diesen drei Jahren also 3292

Mar. In den drei Jahren 1909 bis 1911 betrug das Jahreseinkommen zusammen 8426 M., das ist ein Mehrverdienst von 133 M. zusammen oder jährlich 44 M. Im Ruhrrevier stieg in demselben Zeitraum das Einkommen eines Bergarbeiters in denselben Jahren von 3149 auf 4178 M., also zusammen um 1029 M. oder pro Jahr um 343 M. Im Saarrevier ist seit dem letzten Vierteljahr 1910 bis zum 1. Oktober 1912 der Durchschnittslohn sämtlicher Arbeiter von 4,14 M. auf 4,21 M. pro Schicht gestiegen, also um 7 Pfg.; der Lohn der erwachsenen Tagesarbeiter stand im dritten Vierteljahr 1912 noch ein wenig niedriger als im letzten Vierteljahr 1910 und auch als im zweiten Vierteljahr 1912. Die ersten sechs Monate des Jahres 1912 erbrachten eine Förderung von 6234894 Tonnen, und nach dem von der Bergwerksdirektion angegebenen Durchschnittspreis einen Wert von 72571888 M. Die Lohnsumme betrug 31088345 M., mithin verbleibt nach Abzug dieser noch die Summe von 41533493 M., das macht auf den Kopf eines Arbeiters 882 M., während der Lohn des Arbeiters nur 622 M. betrug. Der Durchschnittslohn betrug im dritten Vierteljahr im Saarrevier 4,21 M., im Ruhrrevier 5,10 M., bei Aachen 4,92 M. Während der Lohn im Ruhrrevier und im Ruhrgebiet stieg, blieb er im Saarrevier stehen, obwohl Geheimrat Fuchs im März dieses Jahres eine weitere Steigerung versprochen hatte.

2. Zur Arbeitsordnung erklärt die Konferenz: Die Arbeitsordnung enthält wesentliche Verschlechterungen, u. a. folgende: Die neue Fassung ermöglicht es, bei Betriebsstörungen von kurzer Dauer den Arbeitern Lohnabzüge zu machen. Die neue Fassung des § 84 ermächtigt die Einführung größerer Wagen ohne entsprechende Mehrvergütung. Der § 47 gibt dem Beamten das Recht, von jedem Arbeiter, der nur eine Saison krank gefeiert hat, ein ärztliches Attest zu verlangen. Dieses führt bei den eigenartigen Verhältnissen an der Saar zu vielen Belastigungen der Arbeiter und ist nicht immer praktisch durchführbar, außerdem mit vielen Unkosten für die Arbeiter verknüpft. In § 53 ist den zu Unrecht bestraften Arbeitern der Rechtsweg abgeschnitten. Die Versicherungen der Bergwerksverwaltung, es solle in der Handhabung der Arbeitsordnung bei der bisherigen Praxis bleiben, sind deshalb wenig glaubhaft, weil dann die geplante Änderung gar nicht notwendig war. Die Verkürzung der Schleppzeit ist unabhängig von der neuen Arbeitsordnung und längere Zeit vor Erlass derselben erfolgt; sie wird aber von der Bergbehörde benutzt, um die Verschlechterungen in der neuen Arbeitsordnung damit zuzudecken und die Arbeiter ins Unrecht zu setzen. Außerdem muß noch betont werden, daß die Bergbauverwaltung schon oft geäußerte Wünsche der Saarbergleute bei diesen Änderungen gar nicht berücksichtigt hat, z. B. eine gerechtere Entlohnung der Unfallrentner und die Befreiung der Strafe der zeitweiligen Ablegung. Diese Strafe ist unmoralisch, antisozial, in ihren Wirkungen demoralisierend und findet sich nur im statistischen Bergbau an der Saar.

Hiernach steht fest, daß die Bergarbeiter berechtigte Ursache haben, mit aller Entschiedenheit für bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse und gegen die geplanten Verschlechterungen zu kämpfen. Die anwesenden Vertreter der Belegschaften verpflichten sich, bis Ende Dezember den Ausbau der Organisation zu vollenden, indem sie bis dahin die Unorganisierten dem Gewerksverein christlicher Bergarbeiter zubringen; sie erklären, daß ihnen das möglich sein wird. Ferner verpflichten sich die anwesenden Vertreter, dafür zu sorgen, daß die Einigkeit und Geschlossenheit der Bewegung gewahrt bleibe, sie werden die die Einigkeit fördernden Sozialdemokraten und „Berliner“ kaltstellen. Die Versammlung nimmt Kenntnis davon, daß der Zentralvorstand die Zustimmung zum Streik unter der Bedingung gibt, daß die gesamten Vorbereitungen bis zum Schlusse dieses Monats erledigt sind.

Selbst die „Röln. Btg.“, die auch bei der jetzigen Bewegung besteht ist, möglichst die Interessen des Bergbaus zu vertreten, bezeichnet diese Resolution als eine solche, „deren ruhiger Ton eine gute Wirkung nicht verfehlen kann“. Offensichtlich kommt es auch nicht zum Äußersten. Wo wollte die Regierung noch das Recht hernehmen, bei einem drohenden oder bereits ausgebrochenen Ausstand im Privatbergbau zu vermitteln, wenn sie jetzt, wo es sich um Differenzen auf staatlichen Gruben handelt, einen brüst ablehnenden Standpunkt einnimmt?

Die Entwicklung der Unternehmer-Arbeitsnachweise.

Ueber diese bringt das Novemberheft des Reichsarbeitsblattes ausführliche Angaben. Darnach wurden Ende des Jahres 1911 insgesamt 250 eigene Arbeitsnachweise der Arbeitgeberverbände, einschließlich der Zahlstellen (gegen 218 im Jahre 1910) gezählt. Wir finden diese einseitigen Unternehmer-Arbeitsnachweise in den verschiedensten Industrien.

Da ist zunächst der vom Reichverband errichtete, am 12. Oktober 1909 ins Leben getretene Arbeitsnachweis für den rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau. Die Hauptstelle befindet sich in Essen-Ruhr; ihr sind an 16 Orten Nachweistellen angegeschlossen. Sie sind so verteilt, daß sie von den Arbeitern leicht erreicht werden können. Der Arbeitsnachweis wirkt für 226 Personen.

„Begleitet“ mit Arbeitgeber-Arbeitsnachweisen ist vor allem auch die Metallindustrie. Sie weist insgesamt 34 auf, worunter sich allerdings 5 Innungsnachweise befinden. Als Förderer dieser einseitigen Nachweise ist vor allem der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller zu betrachten. Innerhalb dieses Verbandes wurden am 1. Okt. 1909 drei Nachweise, in Augsburg, München und Nürnberg, nach einheitlichem Muster vom Verband bayrischer Metallindustrieller ins Leben gerufen.

Außer dem bayrischen Verbande richtete im Jahre 1909 der Verband schlesischer Metallindustrieller in Breslau, der Bezirksverband für die Metallindustrie des Regierungsbezirkes Köln und der Nachbargebiete in Köln und der Verband Brandenburgischer Metallindustrieller

in Frankfurt a. O. einen Arbeitgebernachweis ein. Im folgenden Jahre kam es zur Neugründung eines Nachweises durch den Verband thüringischer Metallindustrieller in Erfurt. Durch eine Ortsgruppe dieses Verbandes wurde 1911 in Gera ein Nachweis errichtet. Alle diese Verbände gehören dem Gesamtverbande deutscher Metallindustrieller an. Durch die Neuerrichtungen stieg dessen Bestand an Nachweisen von 23 im Juni 1909 auf 29 im Juli 1911.

Außerhalb des Gesamtverbandes wurde im Juli 1910 vom Arbeitgeberverein für die Kreise Hagen und Schwelm ein Unternehmernachweis nach dem Grundsatze des Benutzungszwanges gegründet. Die Hauptstelle befindet sich in Hagen. Nebenstellen wurden in Altenvoerde, Geselesberg, Haspe, Schwelm und Wetter errichtet. In demselben Jahre entstand der Nachweis des Arbeitgebervereins der Metallindustrie in Lüdenscheid. Ihm folgte am 6. Oktober 1910 die Gründung des Nachweises des Arbeitgeberverbandes von Remscheid und Umgebung. Die beiden letzteren Nachweise hatten gegen die Angriffe von Seiten der Arbeiterverbände hart zu kämpfen. Der früher in Emden bestehende Nachweis des Verbandes der Metallindustrie von Oldenburg und Ostfriesland ist wieder eingegangen.

In der Textilindustrie wurden Anfang 1912 fünf Arbeitgeberverbände mit eigenen Nachweisen gezählt. Zu den vier älteren von Chemnitz, Crimmitschau, Forst i. L. und Reichenbach i. B. trat 1909 der Nachweis von Neumünster hinzu. Sie vermittelten insgesamt 1911: 30129, 1910: 28472 Stellen.

Im Baugewerbe ist es der „Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe“, der die Entwicklung der einseitigen Unternehmerarbeitsnachweise zu fördern sucht. Nach den Erhebungen des Kaiserlichen Statistischen Amtes bestanden zu Beginn des Jahres 1910 im Baugewerbe deren 66; anfangs 1911 waren es schon 70 und zu Beginn des Jahres 1912 gar schon 72. Die Mehrzahl der Verbände, die einen Nachweis eingerichtet haben, sind obenerwähntem Arbeitgeberverband angeschlossen. Nach einer „Zusammenstellung über bestehende Arbeitsbedingungen und Einrichtungen“, die dieser im Dezember 1909 herausgab, besaßen 57 Unternehmerverbände einen eigenen Arbeitsnachweis, 352 waren ohne solchen. 18 von den 57 Nachweisen waren obligatorisch; weitere 14 Verbände benutzten eine Nebenstelle des benachbarten größeren Nachweises, 4 andere den Nachweis eines gemischten Arbeitgeberverbandes, während der städtische Arbeitsnachweis nur an zwei Orten, in Karlsruhe und Straßburg i. E. benutzt wird.

Für das Verkehrsgewerbe (einschließlich Handelsgewerbe) wurden in der Statistik der Arbeitgeberorganisationen für Anfang 1910: 21, 1911: 29 und 1912: 31 von Arbeitgeberverbänden unterhaltene Nachweise gezählt. Der Hafenbetriebsverein in Hamburg, der den größten Nachweis besitzt, errichtete 1910 in Harburg einen neuen Nachweis für Hafen- und Lagerarbeiter.

Bei den sonstigen Gewerben ragt durch eine größere Zahl von Arbeitgebernachweisen nur noch die Holzindustrie (Anfang 1912: 7 Nachweise), die Industrie der Nahrungsmittel- und Genussmittel (1912: 9, 1911: 6) das Bekleidungs-gewerbe (8) und das Reinigungsgewerbe (1912: 15, 1911: 3 Nachweise) hervor. Bei letzterem handelt es sich nicht um Neugründungen von Nachweisen, die Mehrzahl von 3 auf 15 ist vielmehr dadurch zu erklären, daß 12 Nachweise des Verbandes der Reinigungsinstituten-Unternehmer, die schon früher bestanden, in die Statistik mit einbezogen wurden.

Was die Entwicklung in der Organisation der Arbeitgebernachweise betrifft, so wurde bei den Neugründungen in der Regel das sogenannte Hamburger System (Nachweis der Eisenindustrie Hamburg), d. h. dasjenige des Benutzungszwanges, unverändert oder mit geringen Abweichungen angenommen, während das „Berliner System“, das hauptsächlich eine Kontrolle der Arbeitereinstellungen bezweckt und von Anfang an nicht so stark verbreitet war wie ersteres, an Anhängerschaft etwas verlor. Das Hamburger System besteht bekanntlich darin, daß über jeden einzelnen Arbeiter eine Personalkarte geführt wird. Auf dieser Karte werden oft nicht nur die Personalien der Arbeiter, sondern auch evtl. Einwände der Arbeitgeber gegen diese angegeben.

Die mißbräuchliche Benutzung dieses Kartensystems zur Maßregelung und Vertilgung mißliebiger gewor. enen Arbeiter, hat die Arbeiterschaft bekanntlich wiederholt veranlaßt, energischen Protest hiergegen, wie gegen die Schaffung einseitiger Unternehmernachweise überhaupt einzulegen. Vor allem waren es die im Jahre 1909 veröffentlichten Enthüllungen über die Praxis des Arbeitsnachweises der Industrie in Mannheim-Ludwigshafen, die der Arbeiterschaft einen Schrei der Entrüstung entlockten. Seither sind die Arbeitgeber vorsichtiger geworden. Die gewerkschaftliche Kritik hat gewirkt. Immerhin haben wir auch heute noch alle Veranlassung, die Tätigkeit der Unternehmernachweise aufmerksam zu verfolgen, um evtl. Mißbräuchen energisch entgegenzutreten zu können.

Die Verfassung der Textilindustrie in Deutschland.

Nach den Baumwollspinnereien beanspruchen die Wolllspinnereien die größte Arbeiterzahl, nämlich 54185. Von diesen entfallen 17295 auf über 16 Jahre alte männliche und 29848 auf eben solche weibliche Personen. 14 bis unter 16 Jahre zählen 2770 männliche und 3935 weibliche, jugendliche Kinder sind 337 gezählt — 127 Knaben und 210 Mädchen. Die Zahl der Lehrlinge beträgt doppelt so viel als die der Kinder. Von den

Frauen sind 8655 verheiratet. An dritter Stelle steht, was die Beschäftigungsziffer betrifft, die

Flachs- und Hanfhasperei und Spinnerei.

Sie beschäftigt insgesamt 17453 Arbeiter. 16 Jahre alt und darüber sind 5799 männliche und 10080 weibliche Personen. Die Zahl der jugendlichen männlichen Personen beträgt 420, die der jugendlichen weiblichen 1052; an unter vierzehnjährigen wurden 47 Knaben und 55 Mädchen gezählt. Die Zahl der verheirateten Frauen beträgt 2508. Auffallend gerade bei diesem Industriezweig ist das starke Ueberwiegen der Frauen — neben technischen Ursachen wirken hier wohl historische Gründe mit, da die Flachsspinnerei eine uralte weibliche Arbeit ist. In noch stärkerem Verhältnis als in der Flachsspinnerei sind Frauen in der Jute- und Jollstoffspinnerei beschäftigt. Die Gesamtzahl der in ihr beschäftigten Arbeiter beträgt 12484. Davon entfallen 3415 auf männliche und nicht weniger als 7425 auf weibliche Personen über 16 Jahre. Die Zahl der weiblichen jugendlichen Arbeiter ist absolut und relativ geringer als bei der vorhin genannten Kategorie. Neben 637 männlichen Jugendlichen waren 912 weibliche beschäftigt. Die Zahl der beschäftigten Kinder betrug 95—45 männliche und 50 weibliche. Ist die Zahl der in der Jutespinnerei beschäftigten Personen verhältnismäßig groß, so ist doch die der verheirateten unter ihnen geringer. Die Zahl dieser betrug nämlich nur 2565. Verhältnismäßig am größten ist die Zahl der beschäftigten Frauen

in der Seidenspinnerei.

Von den insgesamt 6517 beschäftigten Arbeitern entfallen 1257 auf männliche und 4163 auf weibliche über 16 Jahre alte Personen. Bei den Jugendlichen ist das Verhältnis noch trüber. Während hier nur 161 männliche Personen beschäftigt waren, waren es 795 weibliche und fast noch ungünstiger ist das Verhältnis bei den Kindern — 25 Knaben stehen 116 Mädchen gegenüber.

Steht die Spinnerei — wenn wir die Anzahl der beschäftigten Personen betrachten — an zweiter, so die Weberei an erster. Im ganzen waren in ihr 378331 Arbeiter beschäftigt. Darunter waren über 16 Jahre alte männliche Personen 164001 und eben solche weibliche 183658. Es ist auffallend, daß in der Weberei die Zahl der beschäftigten Frauen verhältnismäßig viel geringer ist als in der Spinnerei. Männliche Jugendliche waren 11205 und weibliche 18027 beschäftigt. Aus der Natur der Arbeit erklärt es sich, daß die Beschäftigung der Kinder bedeutend hinter der in den Spinnereien zurückbleibt — 590 Knaben und 860 Mädchen waren beschäftigt. Wenn wir einen Blick auf die Zahl der Lehrlinge werfen, so fällt dabei die große Anzahl der Jugendlichen und über 16 Jahre Alten auf. Von den Kindern sind nur 183 Knaben und 188 Mädchen Lehrlinge. In den beiden erstgenannten Altersstufen überwiegen die weiblichen Personen bei weitem — am meisten unter den über 16 Jahre Alten, bei den Kindern ist das Verhältnis zwischen den beiden Geschlechtern gleich.

Entsprechend der Bedeutung der Spinnerei ist natürlich auch

die der Baumwollweberei.

In ihr waren insgesamt 127966 Arbeiter beschäftigt. Davon entfielen auf männliche Arbeiter über 16 Jahre 54290 und auf ebensolche weibliche 62568. Jugendliche männliche waren 4164 eingestellt, weibliche 6314. Auch hier ist die Zahl der Mädchen bedeutend geringer als in der Spinnerei — ihre Zahl betrug 383, während die der Knaben 247 war. Von den Lehrlingen entfällt die Hauptzahl auf die Jugendlichen — und von diesen die Mehrzahl auf männliche Lehrlinge. Bei den über 16 Jahre alten Lehrlingen überwiegen ebenfalls die männlichen bedeutend, während bei den Kindern ungefähr gleich viel Lehrlinge von beiden Geschlechtern vorhanden sind. Die Zahl der verheirateten Frauen beläuft sich auf 21538. Nach der Baumwollweberei beschäftigt die

Wollweberei

die meisten Arbeiter mit 99113. Der Ueberschuß der weiblichen Arbeitskräfte ist hier eigentlich nur bei den Jugendlichen verhältnismäßig bedeutend. Bei den über Sechszehnjährigen und Kindern sind die beiden Geschlechter ungefähr gleichermäßen beschäftigt. Unter den ersteren befinden sich 45885 männliche und 46924 weibliche, unter letzteren 114 und 113. Die Zahl der jugendlichen betrug 2433 und 3544. Die Zahl der männlichen Lehrlinge überwiegt die der weiblichen weit, waren von den ersteren 1021, von den letzteren 286 vorhanden. Von den beschäftigten Frauen waren 18071 verheiratet. An dritter Stelle stehen nicht etwa die Flachs-, sondern die

Seidenwebereien.

Sie beschäftigt 51869 Arbeiter. Um es gleich zu sagen — in der Seidenweberei überwiegt die Frauenarbeit wieder bedeutend. Von den 51869 beschäftigten Arbeitern waren 21198 über 16 Jahre alte männlich und 24771 weibliche Personen. In verhältnismäßig bedeutend stärkerem Maße überwiegen die weiblichen Arbeiter unter den Jugendlichen. 1646 männlichen Personen standen 3921 weibliche gegenüber und 96 Knaben 237 Mädchen. Es ist eine eigentümliche Erscheinung, daß in der Seidenweberei die männlichen Lehrlinge das Hauptkontingent stellen, was vielleicht darauf schließen läßt, daß die Frauen zum großen Teil wenig qualifizierte Arbeit zu verrichten haben. Ohne näher auf die Seidenweberei einzugehen, will ich nur bemerken, daß in ihr 31725 Arbeiter beschäftigt sind und daß auch hier die Frauen überwiegen. Das gilt in verhältnismäßig noch stärkerem Maße von der Jute- und Zellstoffweberei, in der insgesamt 8730 Arbeiter tätig sind; 5151 entfallen davon auf über 16 Jahre alte weibliche Personen. Bemerkenswert ist, daß die Zahl der beschäftigten Kinder außerordentlich gering ist; in der Statistik sind 3 Knaben und 1 Mädchen angegeben.

In der

Gummi- und Haarflecherei und Weberei

sind 3367 Arbeiter beschäftigt. Wenn hier die Frauenarbeit keineswegs gering ist, so überwiegt doch die Männerarbeit. Auch in dieser Industrie sind nur ganz wenig Kinder tätig. Es liegt in der Natur der Sache, daß in der Strickerei und Wirlerei die Frauenarbeit besonders benutzet ist. Von den 68735 beschäftigten Arbeitern waren 22284 männlichen Geschlechts und 36061 weiblichen; 2316 Jugendliche männliche und 6905 ebensolche weibliche umfaßt die Gruppe zwischen 14 und 16 Jahren. Außer den Genannten waren noch 292 Knaben und 377 Mädchen beschäftigt. Mehr als um das Doppelte überwiegen in der Häkelerei, Stickerei und Spinnfabrikation die Frauen über die Männer. Von den 46847 beschäftigten Arbeitern waren 32073 Frauen — und zwar 24771 über 16 Jahre — denen nur 12984 Männer gegenüber stehen, 4017 Jugendliche (die männlichen Personen zählen in dieser Gruppe nur 2580) und 285 Mädchen; die Zahl der Knaben beträgt 260. Ungefähr das umgekehrte Verhältnis herrscht in der

Weißerei, Färberei, Druckeret und Appretur

von Spinnstoffen, Garnen und Geweben. In dieser Branche sind im ganzen 101368 Arbeiter tätig. Von diesen entfallen 71411 auf männliche Personen. 67906 davon sind über 16 Jahre alt, 3343 zwischen 14 und 16 und 132 unter 14 Jahre. Personen weiblichen Geschlechts sind beschäftigt (in der gleichen Reihenfolge): 27582, 2346 und 40. Für die von den Frauen zu verrichtende Tätigkeit ist charakteristisch, daß bei weitem die Mehrzahl der Lehrlinge männlichen Geschlechts ist. Von den Frauen sind 8061 verheiratet. Bei weitem die meisten Personen aus dieser Gruppe sind in der Baumwollbleicherei u. beschäftigt, — nämlich 34940. Davon sind Erwachsene: männliche 25445, weibliche 7400; Jugendliche: 1291 männliche, 736 weibliche; Kinder: 49 Knaben und 19 Mädchen. Auffallend ist die geringe Anzahl von Lehrlingen, die nur 264 beträgt — überhaupt fällt in dieser Gruppe die geringe Lehrlingszahl auf. Die Wollfärberei u. steht hinsichtlich der Beschäftigten Arbeiter an 2. Stelle — auch hier überwiegt die Männerarbeit beträchtlich. Dieses trifft für alle Zweige aus dieser Industrie zu — nur in der Appretur für Strumpf- und Strickwaren dominiert wieder das weibliche Element. Während nur 989 erwachsene männliche Arbeiter beschäftigt sind, sind es deren weibliche 3328. Der Rest entfällt fast ganz auf die Jugendlichen mit 38 männlichen und 358 weiblichen Personen. Die Lehrlingszahl ist in dieser Industrie ganz unbedeutend. In der Wollweberei sind insgesamt 23561 Personen beschäftigt; davon entfallen 12315 auf Frauen; von diesen gehören 10580 zu den Erwachsenen, 1631 zu den Jugendlichen und 104 zu den Kindern; männliche Arbeiter waren tätig: 9270, 857 und 126.

In der

Seilerei und Reepschlagerei u.

sind 11192 Arbeiter beschäftigt: Erwachsene männliche 8825, weibliche 5973; jugendliche männliche 848, weibliche 468; Kinder 64 Knaben und 14 Mädchen. Die Zahl der Lehrlinge ist im Vergleich mit den übrigen Industrie-

zweigen groß und beträgt 629 — 604 männlichen und 25 weiblichen Geschlechts. Als letzter Zweig der Textilindustrie bleibe noch die Filzfabrikation. In ihr sind 5998 Arbeiter tätig. 3338 männliche und 2227 weibliche Erwachsene, 119 männliche und 294 weibliche Jugendliche, 14 Knaben und 6 Mädchen.

Allgemeine Rundschau.

Zu den kommenden Vorstandswahlen, welche nach den Bestimmungen der Verbandsstatuten im Januar stattzufinden haben, bedarf es einer eingehenden Vorbereitung. Je sorgfältiger diese getroffen wird, desto zufriedener stellt sich die Wahl heraus. Deshalb muß auch diese Angelegenheit rechtzeitig in die Hand genommen, gründlich durchdacht und mit dem intelligenten Teil der Kollegen reiflich besprochen werden. Der Ausgang der Vorstandswahl ist nicht bloß entscheidend für die Entwicklung der Ortsgruppe und das Fortschreiten unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung, sondern auch von wesentlichem Einfluß auf die Gestaltung der Erwerbsverhältnisse bezw. der Ausnützung günstiger Geschäftskonjunkturen. Ein regloser, tätiger Ortsgruppenvorstand wird nicht bloß bemüht sein, eine recht lebendige Tätigkeit bezgl. des Vereins- und Versammlungswezens zu entfalten, sondern er wird jede sich bietende Situation ausnützen, um für die Verbandsmitglieder Vorteile herauszuschlagen. Dazu gehören nicht bloß Klare, geweckte Köpfe, die blühartig den geeigneten Moment zu erfassen vermögen, sondern auch Männer von seltener Opferwilligkeit, Selbstverleugnung, Ausdauer und unbezwingbarer Liebe zur Sache. Wo diese Eigenschaften im Vorstand sich vereinigen finden, da werden sich bald die Früchte praktischer, gewerkschaftlicher Tätigkeit zeigen. Wirkliche, uneigennütige Charaktere halten sich aber in der Regel im Hintergrund und drängen sich nicht vor. Damit soll aber nicht gesagt sein, daß diejenigen, welche aus nichtsagenen Gründen eine Wahl in den Ortsgruppenvorstand ablehnen, als Muster hingestellt werden sollen. Im Gegenteil, es kann keinen widerwärtigeren Eindruck machen, als wenn man Vorstandswahlen beizubringen muß, wo jeder sich mit einer Ausrede von der damit verknüpften Arbeit hinwegzudrücken versucht, die einem die Empfindung aufdrückt, daß diese Arbeiter nichts, aber auch gar nichts für die Hebung ihres Standes tun wollen.

Ein richtiger Gewerkschaftler nimmt die auf ihn fallende Wahl gerne an, wenn er sich auch bewußt ist, daß er damit ein großes Opfer bringen muß. Mit den erhöhten Aufgaben wächst der Mensch. Deshalb dürfen die Schwierigkeiten nicht größer angefaßt werden, als sie wirklich sind. Bei verständnisvollem Zusammenwirken im Ortsgruppenvorstand verteilen sich die Lasten gleichmäßig, so daß sich wohl keiner übermäßig anzuklagen braucht. Lust und Lieb' zu einem Ding machen alle Mühe und Arbeit gering.

Man darf also die Zusammenfassung der Generalversammlung, in welcher der Vorstand gewählt wird, nicht dem Zufall überlassen.

Es genügt auch nicht, durch persönliche oder schriftliche Einladung die Kollegen vom Termin der Generalversammlung in Kenntnis zu setzen; das muß auf alle Fälle mit größter Gewissenhaftigkeit geschehen. — Nein, — es muß gearbeitet werden, daß alle Mitglieder ohne Ausnahme daran sich beteiligen.

Wer nicht zur Generalversammlung erscheint, der beweist damit seine Interesselosigkeit an der Arbeitersache und kann nicht als zielbewusster Gewerkschaftler gelten.

Wir müssen, von glühender Begeisterung für unsere Standesorganisation durchdrungen, nach Vorwärts streben. Im Arbeiterstand schlummern noch Kräfte genug, die nur geweckt zu werden brauchen. Bemühen wir uns, den richtigen Mann auf den richtigen Posten zu stellen. Es wird und muß gelingen, wenn wir uns rechtzeitig mit der Wahl der zu wählenden Personen befassen und uns die geeigneten Personen aussuchen. Machen wir also jetzt schon die Vorbereitungen für eine gute Vorstandswahl, von der unsere Zukunft abhängt.

Vergebliches Hoffen. Auf der am 12. Dez. 1912 in Berlin stattgefundenen Delegiertenversammlung des Zentralverbandes deutscher Industriellen wurde von einigen Rednern der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß sich christliche Gewerkschaften und gelbe Werkvereine endlich verstehen lernen und in gemeinsamer Front gegen die Sozialdemokratie stehen möchten. So führt der Reichs- und Landtagsabgeordnete Arndt u. a. aus:

„Wünschenswert wäre es, wenn der heutige Gegensatz zwischen christlichen und nationalen Arbeitern etwas milder würde. (Zuruf: Ausgeschlossen!) Der Riß zwischen christlichen und sozialdemokratischen Arbeitern ist nicht mehr zu überbrücken. Wenn man erkannt haben wird, daß die nationale Arbeiterschaft nun einmal da ist und sich nicht mehr aus der Welt schaffen läßt, ist man vielleicht auch bei den Christlichen geneigt, die Hand zur Versöhnung zu bieten. Wir müssen jedenfalls bemüht sein, die Hunderttausende in den christlichen Gewerkschaften und Werkvereinen zu stärken in dem Kampf gegen die Sozialdemokraten, die sich als Arbeiterfreunde bezeichnen, in Wirklichkeit aber Arbeiterfeinde sind. Solange es aber möglich ist, daß dank der Großblock-idee Arbeitgeber für Sozialdemokraten eintreten, kann man den nationalen Arbeitern keinen Vorwurf machen, wenn sie ebenfalls Sozialdemokraten wählen. Das sind Kinderkrankheiten unseres Parteiwesens, aus denen wir herauskommen müssen. Wir müssen erkennen, daß nicht Fraktionspolitik, sondern Vaterlandspolitik das Entscheidende ist und daß die Vaterlandspolitik in einem unüberbrückbaren Gegensatz zur Sozialdemokratie steht.“

Auch Kommerzienrat Goldschmidt-Berlin gab der Hoffnung Ausdruck, „daß die christlichen Gewerkschaften erkennen werden, daß ihnen die Werkvereine am nächsten stehen. Schon heute üben die Werkvereine den höchsten Grad der Selbstbeherrschung gegenüber den Angriffen der Christlichen lediglich von dem Gesichtspunkte aus, ein späteres Zusammengehen zu ermöglichen.“

Es gewährt den christlichen Gewerkschaften ein Gefühl der Genugtuung, daß sich eine Tagung des Zentralverbandes deutscher Industriellen in einer solchen Weise mit ihnen auseinandersetzt. Das ist unzweifelhaft ein großer Fortschritt gegen früher, wo die christlichen Gewerkschaften mit der Sozialdemokratie in einen Topf geworfen und wie diese in gleicher Weise bekämpft

Bettler.

Wie oft klopf es an eure Tür
Ist's rau und kalt an Wintertagen.
„Ein Stücklein Brot nur gebet mir!“
— Schon ist die Tür zugeschlagen.

„Ein Bettler ist!“ — Und mürrisch geht
Ihr in das warmgeheizte Zimmer.

Der Fremde frostelnd draußen steht,
Im matten Auge feuchten Schimmer.

Und weiter schleicht der Bettelmann.
Er klopf an manch verschlossene Pforte,
Er spricht um eine Gabe an
Und erntet nichts denn rauhe Worte.

Ist's euch im Herzen oft nicht bang
Ihr mühtet einstmals auch so stehen?
Ihr händet frierend, matt im Gang
Und mühtet hungert weitergehen?

Ihr mühtet ziehn von Ort zu Ort,
Und klopf ihr bittend an ein Haus,
Sagt man euch von den Türen fort,
Reicht man euch in die Nacht hinaus?

Bedenkt es, euer Bruder ist,
Der draußen steht in Seid und Rot —
Oh, gönnt ihm eine kurze Kost,
Lebt mit dem Armen euer Brot.

Grete Jähling.

Verweht.

(Von unserer Verbandskollegin Maria Hahn-Barman.)

Es war eine schmale halbdunkle Gasse zwischen zwei
Fahrradgebänden. Die hohe Felswand standen die rot-
grünen Mauern. Zuweilen lugte ein Städtchen Mauer
Himmels hinter in das graue Verließ, wo weiße
Dämpfe wogten und rangen wie heiße, gefesselte Seelen-
kräfte.

Heute ist der Himmel düster und bleiern. Herbst-
regen fällt. Die Dämpfe sind des Emporringens müde.
Träge liegen sie an den nassen Mauern. Da treibt sie

ein Windstoß auseinander und hoch, ein mattes Rauichen
Eine Schar bunter Herbstblätter flüchtet vor dem nach-
folgenden Sturm in die schmale Gasse. Zitternd plattern
sie am Boden, bis ihnen eine Mauerische Schutz bietet.

„Ich komme von der Höhe droben, wo die Wälder
rauschen und die Quellen niederrieseln ins Tal“, berichtet
ein rotbraunes Ahornblatt.

„Und geht Schwester, oft haben sie uns erreichen
wollen die grauen und schwarzen Dämpfe, die das ganze
Tal in Rauch und Nebel hüllten“, meint ein Buchen-
blatt, „aber wir haben uns im Sonnenlichte und
freuten uns der Waldesluft.“

„Und nun kommt ihr doch zu uns“, sagten die
Dämpfe und grüßen mit feuchtkalten Händen nach dem
zitternden Blättchen, und ihm für.

„Habt ihr sie gesehen, die bleichen Menschen mit den
erwartungsvollen, roten Augen, welche die bekannten
Kanten meines Strauches suchten, die an der Landstraße
am Grabenrand sich wanden?“ fragt ein rotgeädertes
Brombeerblatt.

„Ja, Scharen sah ich an sonnigen Sonntagen in die
freie Natur ziehen und sonnig wurden die Seelen
die sonst der graue Alltag drückt“, bestätigt ein graues
Ulmenblatt.

„Sonne und Freiheit!“ fangen die Dämpfe mit leisem,
zuckendem Laut, und hoben sich schwer vom Boden, aber
Regen und Nebel drückten sie nieder.

„Ja, hier soll ich sterben?“ fragte das zierliche Blatt
eines Jasminstrauches, das eben der Wind in den grauen
Winkel trieb.

„In einem schönen herrschaftlichen Garten trieb mein
Strauch düstere Blüten; schöne Frauengehüpfer neigten
sich darüber. Reizbehaftete Wege führten zu mir. Bäume
und Grotten hielten euch ab, wenn euer feuchter Odem
in unsern Garten drang, ihr grauen, gespensterlichen
Gesellen.“

Da, ein schriller, piepsender Laut, eine Foge neuer
Dämpfe wachte in die Mauer gasse. Und es war wie ein
Triumphruf der Arbeit.

Das Jasminblättchen aber entfloh.
Da schwebt hoch oben vom Mauertrand, der ein
kammerliches Vierzweglein trägt, ein letztes kleines
Blatt hernieder.

Einer der Dämpfe kam ihm auf halbem Wege ent-
gegen und betete es sanft auf das graue Nebelgipfelf
am Boden.

Sie können sanft sein, die rauhen Herolde der Arbeit,
wenn sie auch oft wie unholde Gesellen erscheinen. Mit
dem Birkenreislein oben am Fensterrand hatten sie
Freundschaft geschlossen.

Ein Vöglein hatte das Waldkind einst in die Mauer-
rige gejät. Die Dämpfe hatten seine ersten keimenden
Blättchen umspielt und ihm Feuchtigkeit gegeben, wenn
es im Sonnenbrand schmachtete. „Kommt sie nun auch?“
fragten sie das zitternde Blättchen.

„Sie ist tot“, sagte dieses traurig, und ein großer
Wassertröpfchen lag auf seinem gelben Kleid — wie eine
schimmernde Träne.

Die Dämpfe aber wußten, wen es meinte.

Sie alle kannten das stille, freundliche Mädchenantlitz,
das sich sonst täglich oben an den Gitterstäben des
Fensters zeigte. Wenn es auf das grüne verirrte Wald-
kind in der Fensternische sah, glüht ein verjüngtes Lächeln
über die bleichen Jüge. Was ihr das Vöglein war,
hatte sie ihren Geliebten im Fabrikleben sein wollen
und war es gewesen. Eine ratende Freundin, deren
reger Geist neben der Hände Arbeit an der Hebung der
Lage ihrer Genossinnen arbeitete.

Ein Vöglein war sie nur gewesen, das der Sturm
vom grauen Gemäuer riß, dessen freundliche Tierde es
gewesen, von dem keiner wußte, daß nur wenige entfernt.
Eine schlichte Größe.

Das Fenster ist leer, das Vöglein entlaubt, und ein
Flöckchen roter Wolle flattert nah und zerfaßt am Gitter.
„Heute wurde sie begraben“, flüstert das sterbende
Sommerkind.

Und wie der Sturmwind kommt reißt es sich los von
Dampf und Nebel und läßt sich auf Windesflügeln
tragen über Häuser und Schote, fernab, zu einem gar
stillen Ort.

Da stehen schwarzgekleidete Mädchengestalten um eine
offene Gruft. Dahinein läßt sich das Blättchen fallen.
Noch einmal will es empor, aber eine braune Erdscholle
fällt nieder und hält es fest auf dem schlichten Tannen-
lager.

Neulich, als man die beste unserer Kolleginnen zu
Grabe trug und ich die schmale Mauer gasse entlang
schritt, wo die weißen Dämpfe wogen, habe ich dieses
wahre Herbstmärchen erjornt. Vor meiner Seele aber
steht ein ewiges Wort:

„Und wenn euer Leben ist köstlich gewesen, so ist es
Mühe und Arbeit gewesen.“

wurden. Wir begrüßen diesen Fortschritt der Leute vom Zentralverbande.

Dagegen möchten wir zu den auf der Tagung zum Ausdruck gebrachten Wünschen und Hoffnungen in Bezug auf christliche Gewerkschaften und Selbe für unseren Teil sagen: Sie haben nicht die geringste Aussicht auf Verwirklichung. Die christlichen Gewerkschaften müssen jede Gemeinschaft mit den gelben Werkvereinen jetzt und für alle Zukunft ablehnen. Die Klust, die diese beiden Organisationsrichtungen trennt, ist sicher nicht geringer als diejenige, die die christlichen Gewerkschaften und die Sozialdemokratie voneinander scheidet. Mit den „freien“ Gewerkschaften ist uns ein Zusammengehen von Fall zu Fall möglich, mit den „Gelben“ aber niemals, weil ihre Bestrebungen auf eine totale Rechtslosmachung der Arbeiter hinarbeiten und ihr Gewerkschaftsideal der organisierte Streikbruch ist. Auch von dieser Bewegung trennt uns eine Weltanschauung.

Alexander Tille gestorben. In der vergangenen Woche ist plötzlich infolge eines Schlaganfalls Dr. Alexander Tille, der Syndikus der Handelskammer in Saarbrücken und der Generalsekretär der südwestdeutschen Eisenindustriellen, gestorben.

Mit Tille ist ein fanatischer Gegner und leidenschaftlicher Bekämpfer der Gewerkschaftsbewegung aus dieser Welt geschieden. Er war ein konsequenter Vertreter der materialistischen, Klassenkämpferischen Weltanschauung. Er hat sie mit einer gerade brutalen Rücksichtslosigkeit und Offenheit im Interesse des Unternehmertums verfolgt. Bekannt ist sein Ausspruch, daß „das Gerede von Menschenrechten in die Kumpelkammer“ gehöre. Für ihn war die „natürliche Auslese“ im Kampf ums Dasein das einzig gültige Gesetz, die brutale Machtanwendung des Uebermenschen das einzige Recht. Mit Wut stürzte er sich immer wieder auf den „Sozialmoralismus“, d. h. auf die in der Wissenschaft, aber nicht etwa nur in ihr, vertretene Anschauung, daß im sozialen Leben nicht bloß wirtschaftliche, sondern auch ethische Gesichtspunkte maßgebend sein sollen. Die Sozialpolitik war ihm ein einziger, großer Irrtum, der Unternehmer mußte nach seiner Ansicht völlig unumschränkt sein, und die Gewerkschaften, die dem entgegenwirkten, erklärte er für eine Erpreßerbande, gegen die der Strafgericht einmarschieren mußte. In Erinnerung ist noch sein Plan, eine einzige große Kampfesorganisation gegen die Arbeiter zu gründen. Alles, was nur selbständig und nicht Lohnarbeiter war, Schuster, Schneider, Frieseur, Landwirt, Kleingewerbetreibende und Großindustrielle, der Besitzer des armenigen Haderladens und der große Warenhausbesitzer, sie alle sollten in einer Organisation in geschlossener Front gegen die Arbeiter stehen. An diesem Plane illustriert sich so recht die überspannte Idee dieses Mannes.

Die Arbeiter brauchen Tille trotz alledem nicht gram zu sein. Geschadet hat er ihnen infolge der Ueberpanntheit seiner Ideen und seiner schroffen Einseitigkeit nur wenig. Selbst die liberale „Düsseldorfer Zeitung“, die den Großindustriellen nahe steht, meint, daß Tille infolge seiner rücksichtslosen Einseitigkeit der Sache der Arbeitgeber wiederholt sehr geschadet habe. Tille hat sich selbst von Unternehmerblättern sagen lassen müssen, daß man ihn nicht ernst nehme.

Nun ist dieser wütende Mann plötzlich aus dieser Welt abgerufen worden. Die Arbeiterbewegung aber, die er so sehr bekämpft hat, wird weiter leben und weiter blühen und gedeihen.

Arbeiter und Arbeitgeber in England. In einem Teile der Tagespresse wird ein Brief veröffentlicht, den Alfred Mond, der Sohn eines der größten Industriellen Englands, an den bekannten Professor Luigi Brentano in München gerichtet hat. Der Brief behandelt das Verhältnis, in dem Unternehmer und Arbeiter bzw. Arbeitergewerkschaft und Unternehmerverband in England zueinander stehen. Der Brief lautet:

„Sehr geehrter Herr Brentano!

Mit Vergnügen erfülle ich Ihnen Ihren Wunsch, Ihnen die Auffassung der großen Mehrheit der englischen Großindustriellen über den heutigen Stand der Arbeiterbewegung mitzuteilen. Ich bin ein Freund von Deutschland, wünsche Freundschaft zwischen England und Deutschland und bin der Meinung, daß solche Freundschaft durch nichts mehr gefördert werden kann, als durch gemeinsames Zusammenarbeiten an Problemen, welche beiden Völkern gemeinsam sind. So verliere ich Sie denn und allen denen, welche diese meine Zeilen lesen werden, sowohl in meiner Eigenschaft als großindustrieller Unternehmer als auch als Parlamentarier und Politiker, welcher seit Jahren alle Erörterungen des öffentlichen Lebens mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgt:

1. Daß in England kein Mensch daran denkt, die Gewerksvereine beseitigen zu wollen, daß vielmehr die Arbeitgeber sich daran gewöhnt haben, mit Arbeiterorganisationen zu arbeiten. Viele von den größten Industrien, so die Eisenbahnen, die Stahl- und Eisenindustrie, Baumwolle, Textil, Schiffbau, Zinnplatten, Eisen- und Transportarbeit, Kohlen- und andere Grubenarbeit usw. haben ihre „Conciliation Boards“, Federationen oder Unions, und arbeiten unter kollektiven Arbeitsverträgen. In solchen Industrien bekennen sich die Arbeitgeber zu der Einsicht, daß es sehr schwer wäre für sie, ohne die Arbeiterorganisationen auszukommen.

2. Daß man fast allgemein gewillt ist, mit den organisierten Arbeitern gemeinsam die Arbeitsbedingungen festzustellen und bei solchen Verhandlungen die Führer der Gewerksvereine als die Vertreter der Arbeiter anzunehmen.

3. Daß man weit entfernt ist, in den Führern der Gewerksvereine bezahlte Agitatoren und Streikheger zu erblicken, indem diese Führer vielmehr sich als Regel durch

Verantwortlichkeitsgefühl auszeichnen und demgemäß als der maßgebende Faktor in der Arbeiterbewegung erkannt werden.

4. Daß die Vertragstreue beider Parteien mit der Zunahme der friedlichen Erledigung der Lohnkämpfe zugenommen hat, und eine Abweichung bei den altorganisierten Gewerksvereinen gar nicht, bei den neuen und schlechtorganisierten nicht öfter als bei den beteiligten Arbeitgebern vorkommt.

5. Daß man allgemein den kollektiven Arbeitsvertrag als die praktischste Weise ansieht, um die Lohnverhältnisse in den Industrien zu regeln, daß es den Arbeitgebern in einer gegebenen Industrie mehr darauf ankommt, daß sie alle dieselben Löhne bezahlen, als daß diese ein wenig höher oder niedriger sind; daß, obgleich Arbeitskämpfe vorkommen, vielmehr vermieden werden und ihre Regelung auf mehr dauernde Basis abgeschlossen werden kann.

6. Daß man dementsprechend, wo aus irgend einem Grunde ein kollektiver Arbeitsvertrag auf Grundlage der Freiwilligkeit nicht stattfinden kann, unter dem Beifall der öffentlichen Meinung darauf ausgeht, Mindestlöhne und Mindestleistungen durch Gesetzgebung und eigens geschaffene Behörden festsetzen zu lassen.

7. Daß weder das englische Mutterland, noch die großen englischen Kolonien, in denen, sei es freiwillig, sei es gezwungen, der kollektive Arbeitsvertrag eingeführt oder seinen Festsetzungen Rechtsverbindlichkeit zuerkannt ist, dadurch in ihrer Konkurrenzfähigkeit geschädigt worden sind.

8. Daß die Anzahl von Syndikalisten in England ganz unbedeutend ist; daß die Bewegung mehr in der Presse als unter den Arbeitern existiert; daß der ganze Gedankengang den englischen Arbeitern unympathisch ist und gegen ihren praktischen Sinn verstößt. Der englische Arbeiter ist vor allem Geschäftsmann, der Resultate in höherem Lohn oder besseren Arbeitsbedingungen sehen will und der für Theorien nichts übrig hat. Darüber sagte sehr treffend Herr James Ramsay MacDonald, der Führer der Arbeiterpartei im englischen Abgeordnetenhause: „Syndikalismus is simply playing at things; it opens the door to the worst form of reaction.“ MacDonald spricht die Meinung der Führer der organisierten Arbeiter und der Werkvereine aus.

Ich erlaube Ihnen, von diesem Brief jeden Gebrauch in der Öffentlichkeit zu machen, der Ihnen gut scheint.

Mit herzlichem Grusse

Ihr ergebenster

Alfred Mond.

Die in diesem Briefe zum Ausdruck kommende Meinung macht den englischen Unternehmern sowohl als auch den Gewerksvereinsführern alle Ehre. Bei uns in Deutschland hat sich das Unternehmertum im allgemeinen zu einer solchen Höhe sozialer Erkenntnis noch nicht aufschwingen können. Es muß erst durch Schaden klug gemacht werden.

Sozialdemokratische Jugendberziehung. Mit allem Nachdruck arbeitet die Sozialdemokratie auf eine Entchristlichung der Arbeiterjugend, auf eine Vernichtung ihrer religiösen und nationalen Ideale hin. Die „Arbeiter-Jugend“, das offizielle Organ der sozialdemokratischen Jugendbewegung, bringt in ihrer Weihnachtsnummer vom 21. Dez. d. J. wieder einen Beweis für unsere Behauptung.

In einem Weihnachtsartikel wird in einer ganz zynischen Weise das Wort: „Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen“, als unwahr und verlogen hingestellt. Derselbe Text erscheint inhaltlich in einem Gedichte, „Noch ist der Heiland nicht erstanden“, betitelt, wieder. In dem Gedichte lautet eine Strophe:

Kein Jesu's kann den Hölzer senden,
Den Christ säugt jede Mutter groß;
Die Menschheit muß mit eignen Händen
Erkämpfen sich ihr irdisch Loz.
Er kommt in russigem Gewande,
Der Retter, der die Hölle zwingt.
Dann ist der Heiland auferstanden,
Der in die Welt die Freiheit bringt.

Die „Arbeiter-Jugend“, die solche Verse bringt, wird heute von zahlreichen jungen Leuten gelesen; sie zählt rund 50 000 Abonnenten. Demgegenüber erscheint es als eine dringende Pflicht, eine gründliche, im besten Sinne des Wortes moderne Jugendpflege für unsere christlich-nationale Arbeiterbewegung zu betreiben.

Unternehmersolidarität in der Textilindustrie.

Infolge der in den letzten Monaten in der Textilindustrie stattgefundenen Kämpfe (Hof, Göppingen, Mühlhausen, Deloniz, Gera) soll, wie die „Soz Praxis“ berichtet, ein engerer Zusammenschluß der Arbeitgeberorganisationen der genannten Industrie erfolgt sein. Bsprednungen der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände mit Vertretern des Arbeitgeberverbandes der deutschen Textilindustrie, des Verbandes süddeutscher Textilarbeitgeber und des Arbeitgeberverbandes der elbischen Textilindustrie haben zur Zusage des vollen gegenseitigen Schutzes bei den Kämpfen geführt, die sich aus der Ablehnung der von den Gewerkschaften geforderten Anerkennung der Arbeiterorganisation, des Abschlusses von Tarifverträgen und der Freigabe des Samstagmittages ergeben.

Für die Arbeiter ergeben sich hieraus die Konsequenzen von selbst. Die Unternehmer werden nur so lange in der Lage sein ihre Gegnerschaft in den drei erwähnten Punkten ausrecht zu erhalten und ihren Standpunkt durchzusetzen, als sie den Arbeitern organisatorisch überlegen sind. Das ist heute leider noch der Fall. Von den Textilarbeitern und Arbeiterinnen stehen ja Hunderttausende der Organisation noch fern. Hier gilt's den Hebel anzusetzen. Wir müssen den unorganisierten Kollegen und Kolleginnen immer wieder die Geschlossenheit der Unternehmer, deren Stellung gerade durch die Kurzsichtigkeit der ersteren gefestigt wird, zu Gemüte führen. Stärkung der eigenen Organisation ist die Lösung, die wir dem engeren Zusammenschluß der Unternehmer entgegenzustellen haben.

Ein bemerkenswertes Geständnis. Im sozialdemokratischen Lager ist man sich wegen der Genossenschaftsbewegung wieder mal in die Haare geraten. Die radikalere Richtung mit dem „Vorwärts“ an der Spitze verhandelt ehrlich und logisch, daß die im Hamburger Verband vereinigten Genossenschaften Farbe bekennen und die — nebenbei bemerkt schon stark durchlöchernte — Neutralitätsmaske fallen lassen. Die sozialistische „Buchbinder-Zeitung“ (Nr. 50, 1912) wendet sich deshalb in einem erregten Artikel gegen das sozialdemokratische Zentralorgan. Sie will den Schein der Neutralität für die Genossenschaften retten und verweist sich darauf, daß nur umfassende Konsumentenorganisationen auf neutraler Grundlage ihrer Aufgabe gerecht werden könnten:

„Der „Vorwärts“ aber will reine sozialistische Konsumentgenossenschaften haben, wobei dann ganz logischerweise alle nichtsozialistischen Konsumenten abgestoßen würden und wir dann auch in der Genossenschaftsbewegung die Zerspaltung haben werden, die wir heute in der Gewerkschaftsbewegung so sehr verurteilen und beklagen.“

Diese Ausführungen sind nach zwei Seiten hin interessant. Zunächst ist es ein offenes Bekenntnis, daß die freie Gewerkschaftsbewegung „rein sozialistisch“ gemacht und damit die Zerspaltung in die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung hineingetragen wurde. Wenn das von christlicher Seite sonst gelagt wird, wird es von allen sozialdemokratischen Blättern und Agitatoren von der 1. bis zur 6. Garnitur ganz entrüstet in Abrede gestellt. Die Buchbinder-Zeitung war in einem Augenblicke zorniger Aufwallung unvorsichtig genug, der roten Fahne die Schelle umzuhängen.

Ihre Bemühungen, für die Hamburger Konsumentgenossenschaften die Neutralität zu retten, können aber bei denkenden Menschen nicht verfangen. Es besteht auch im innersten Herzen kein wesentlicher Unterschied zwischen den streitenden Genossen; die Leute um den „Vorwärts“ sind die Ehrlicheren und wollen ihre wahre Farbe auch in der Genossenschaftsbewegung nicht verbergen, während die „Neutralitätsvertefchter“ mit der Genossenschaftsidee wohl dasselbe wollen wie die Radikalen, aber ihre rote Fahne verbergen, um möglichst viele von denen anzulocken, die leider nicht alle werden.

„Freie“ Gewerkschaften und Freidenkertum. In Nürnberg wird eine geradezu fanatische Agitation für das Freidenkertum entfaltet. Dabei stehen die Beamten der angeblich „religiös neutralen“ freien Gewerkschaften in dem Vordergrund, indem sie in Wort und Schrift für den Austritt aus der Kirche agitieren. In der Pfalz treiben es die angeblich neutralen „freien“ Gewerkschaften ebenso oder noch eindeutiger. Hier wird die Organisation direkt dazu mißbraucht, um die Austrittsbewegung aus der Kirche zu propagieren und der Freidenker-Bewegung, d. h. den „frei-religiösen“ Gemeinden aufzuhelfen. Darüber gibt die „Pfalz. Post“ vom 19. Nov. 1912 mit folgender Notiz näheren Aufschluß:

„Speyer. Die Kartellbesitzer, welche noch im Besitze von Karten sind, welche den Austritt aus der Kirche bestätigen, werden erucht, dieselben heute abend mit zur Sitzung zu bringen, da sie anderweitig sehr benötigt sind.“

Es handelt sich um eine Sitzung des „freien“ Gewerkschaftskartells, das sich demgemäß offen als Agitationsmittel der Freidenkerbewegung etabliert hat. Welche robuste Strupellosigkeit muß dazu gehören, wenn sich die „freien“ Gewerkschaften trotz und alledem überall da, wo es ihren Zwecken dienlich erscheint, als unantastbare Organisationen aufzuspielen und anzupreisen wagen!

Die „Gelben“ — politische Knechte. Ihre gewerkschaftlichen Rechte haben die in den gelben Werkvereinen organisierten Arbeiter den Unternehmern zuliebe preisgegeben, nun arbeiten diese mit allem Nachdruck darauf hin, daß die betörten „gelben“ Arbeiter auch ihre politische Freiheit opfern. Schon vielfach haben die „Gelben“ bei politischen Wahlen im Sinne ihrer Vorkherren stimmen müssen, nun aber soll die politische Beeinflussung der gelben Werkvereine ganz systematisch betrieben werden.

Am 12. September fand in Berlin eine Delegiertenversammlung des Zentralverbandes deutscher Industriellen statt, auf der mit allem Nachdruck die stärkere politische Beeinflussung der gelben Werkvereine durch das Unternehmertum gefordert wurde. So sagte Kommerzienrat Goldschmidt-Berlin, man müsse die Werkvereine fördern, denn die Arbeiter, die in denselben organisiert seien, seien auch „beeinflussbarer für eine andere politische Richtung“. Ein Herr Dr. Bovenstein führte aus:

„Mit der politischen Zurückhaltung der Werkvereine komme man nicht aus, sie müssen politisch beeinflusst werden, damit sie sich auch bei den Wahlen in zuverlässiger Weise betätigen. Ein so bedeutungsvoller Faktor die Werkvereine für die Erhaltung des Friedens in den Betrieben auch sind, so müssen sie außerdem eine zuverlässige Kerntruppe im Kampfe gegen die Sozialdemokratie bei den Wahlen werden.“ Heyer vom „Nationalen Arbeiterbund“ erklärt, daß die Bewegung auch kräftige Fortschritte nach der Richtung der politischen Beeinflussung der Arbeiter mache und manche Erfolge erzielt habe. Aber was in 40 Jahren am deutschen Volke verfaul sei, lasse sich nicht mit einem Male wieder beseitigen. Der Reichs- und Landtagsabgeordnete Dr. Urendt meinte, daß es „ganz anders gekommen wäre, wenn die Industrie die Organisation der Arbeiter früher und energischer in die Hand genommen hätte. Eine Gesundung unserer Leiber so schwer darniederliegenden öffentlichen Zustände kann nur dann erfolgen, wenn es uns gelingt, die Industrie-Arbeiterschaft politisch zu beeinflussen“. Und der bereits genannte Kommerzienrat Goldschmidt spann den zu Anfang aufgegriffenen Faden weiter und sagte, „daß er

es für verkehrt halte, wenn die gelben Wertvereine gleich öffentlich für eine bestimmte politische Partei festgelegt würden, man möge sich vorläufig mit nur politischer Beeinflussung genügen.

Wir sehen an diesen Verhandlungen, wie die Arbeitgeber an der Arbeit sind, die in den gelben Wertvereinen organisierten Arbeiter völlig rechtslos zu machen: wirtschaftlich sollen sie keine freien Arbeiter, sondern Knechte, politisch keine freien Staatsbürger, sondern Heloten sein. Welche Charaktereigenschaften müssen da in den gelben Vereinen blühen? Die Unternehmer werden noch einmal ihre helle Freude an ihren treuen Schäflein erleben.

Wohnungsämter, Wohnungsaufsicht, Wohnungsnachweis. Zur Wohnungsreform, der dringlichsten sozialen Aufgabe der nächsten Zeit, hat vor kurzem, die in Frankfurt a. M. abgehaltene zweite deutsche Wohnungskonferenz, zu der sich Vertreter einer Anzahl angesehener Organisationen eingeladen hatten, eine Reihe von Vorschlägen gemacht, die der Regierung für einen — wie es heißt, bereits ausgearbeiteten — Entwurf zu einem Wohnungsgesetz zur Berücksichtigung empfohlen wurden.

Nach den Vorschlägen der Konferenz sollen in allen größeren Städten mit mehr als 50000 Einwohnern durch Reichs- und Landesgesetze u. a. Wohnungsämter errichtet werden. Für kleinere Städte und Gemeinden, auch für solche mit weniger als 3000 Einwohnern, die für einen Kreis oder größere Bezirke errichtet werden sollen. Die Aufgaben der Wohnungsämter sollen bestehen in der Durchführung der Wohnungsaufsicht und des Wohnungsnachweises, Erhebungen über Wohnungsverhältnisse und Mietpreise, Förderung aller Maßnahmen betreffend die Wohnungsfrage, Organisation der Bauberatung und unentgeltliche Raterteilung in allen das Wohnungsweisen betreffenden Angelegenheiten.

Außer diesen Sozialwohnungsämtern sollen noch Landeswohnungsämter und Reichswohnungsämter errichtet werden, deren Aufgaben ebenfalls in der vorgezeichneten Richtung liegen. Die Wohnungsaufsicht soll durch Reichsgesetz geregelt werden und sich auf alle Wohnungen erstrecken, also auch auf Eigenwohnungen sowie auch auf alle ländlichen Wohnungen. Besondere Inspektoren sollen mit der Durchführung und den aufzustellenden Normalbestimmungen über die Beschaffenheit der Wohnungen betraut werden. Bezüglich des Wohnungsnachweises wird der Maßzwang verlangt für leerstehende Wohnungen usw. auf Grund ordnungsgemäßer Bestimmung der Gemeinden.

Diese Vorschläge sind wohl mit die wichtigsten vom ganzen Programm der Konferenz. Hier wird die Gesetzgebung zu allererst einzusetzen haben. Aufgabe der Berufsorganisationen und sozialinteressierten Kreise wird es sein, mit Entschiedenheit für die von der Konferenz aufgestellten Vorschläge einzutreten und in der Öffentlichkeit für dieselben einen günstigen Resonanzboden vorzubereiten.

Die Getreidezölle der einzelnen Staaten. Kaum jemals hat eine volkswirtschaftliche Streitfrage soviel Staub aufgewirbelt, wie die Frage der Getreidezölle. Es steht auch nicht zu erwarten, daß ihre Behandlung sobald aus der öffentlichen Diskussion verichwinden wird. Im Eigentum wird man sogar sagen müssen, daß die Auseinandersetzungen über die Getreidezölle demnach mit verichärfter Lebhaftigkeit wieder einsetzen werden. Die heute bestehenden Zölle sind als Grundlage für die abzuschließenden Zoll- und Handelsverträge im Jahre 1902 vom Reichstag festgelegt worden. Die daraufhin abgeschlossenen Handelsverträge haben eine Geltungsdauer von 12 Jahren. Sie traten im Jahre 1906 in Kraft und laufen im Jahre 1918 ab. Da die Frage der Zölle eine sehr wichtige und schwierige ist und auch die Erneuerung der Handelsverträge meist längere Zeit in Anspruch nimmt, so wird der Reichstag vielleicht in nicht allzuferner Zeit schon die Verhandlungen über die Zölle wieder beginnen. Unter diesen Umständen dürfte eine kurze Uebersicht über die Höhe der Getreidezölle, in deutsche Währung umgerechnet, in den einzelnen Ländern von Interesse sein.

Es beträgt für 100 Kilo der Zoll für Weizen in der Schweiz 0,24 M., in Bulgarien 0,40 M., Griechenland 3,86 M., Serbien 4,05 M., Schweden 4,16 M., Oesterreich-Ungarn 5,36 M., Deutschland 5,50 M., Frankreich 5,67 M., Italien 6,08 M. und Spanien 6,48 M.

Für Roggen lautet der Zollbetrag in der Schweiz 0,24 M., in Bulgarien 0,40 M., Griechenland 1,91 M., Serbien 4,05 M., Schweden 4,16 M., Oesterreich-Ungarn 4,93 M., Deutschland 5,00 M., Frankreich 2,43 M., Italien 3,45 M. und Spanien 3,24 M. Dänemark, Belgien, Holland, Rußland und England kennen weder einen Weizen- noch Roggenzoll.

Hiernach haben also in der Hauptfrage nur einige wenige Staaten mit ganz besonderen Produktionsbedingungen und Abgabeverhältnissen keine oder nur geringe Getreidezölle. Von den größeren Staaten sind es nur Rußland und England. Rußland produziert einen Ueberschuß an Getreide und kommt deshalb für die Schutzpolitik nicht so sehr in Frage. Auch in dem kolonial- und fast reichhaltigen England müssen die besonderen Verhältnisse berücksichtigt werden. Zudem hat England sich bereits vor etwa 70 Jahren zum Freihandel bekannt, als es noch auf eine unbedingte Lebensmittelanfuhr von auswärts und auf einen ungehemmten Siegeszug seiner Exportindustrie hoffen konnte. Aber trotz aller günstigen Verbedingungen hat man in England schon recht kühnne Erfahrungen mit dem Freihandel gemacht, und seit Jahren bereits ist in England eine starke Bewegung zur Ein-

führung des Schutzzoll im Gange. Uebrigens bereitet auch Holland neuerdings den Uebergang vom Freihandel zum Schutzoll vor. Immer mehr Staaten haben sich so im Laufe der Zeit von der unbedingten Notwendigkeit eines Schutzes der nationalen Produktion überzeugt. Manche Staaten haben bedeutend höhere Zölle wie Deutschland, so namentlich beim Weizen, der wichtigsten Brotfrucht unserer Zeit.

Aus unserer Industrie.

Die Seidenbandindustrie

leidet schon seit Jahren unter der Ungunst der Mode und fast ebenso sehr unter den durch scharfe Konkurrenzkämpfe hervorgerufenen fortgesetzten Preisunterbietungen. Da im Vergleich die Lohnsätze für die Hausindustriellen und Fabrikbandwirter tariflich festliegen, für die Hülsenarbeiter wie Scherer und Spuler ebenfalls, fast überall gleiche Lohnsätze gelten, die Farbblöhe durch die Konvention festliegen, die für die einzelnen Artikel zur Verarbeitung gelangenden Qualitäten der Seide auch nicht minderwertiger sein können, so blieb für Preisunterbietungen nur noch ein geringer Spielraum, wenn nicht die Rentabilität der Betriebe in Frage gestellt werden soll. Einsichtige Fabrikanten drängten schon seit einigen Jahren auf engeren Zusammenschluß, um durch Kalkulationsfestlegungen der ruidsten Preisdrückerei entgegenzuwirken. Nach längeren Verhandlungen ist nunmehr eine Kalkulationskonvention zustande gekommen, der die rheinischen Bandfabrikanten und diejenigen Basler Firmen, welche diesseits der Grenze Betriebe haben, beigetreten sind. Durch eine Verkaufssperre ist bestimmt, daß vorläufig nur Orders mit kurzfristigen Lieferzeiten angenommen werden dürfen. Die schwebenden Verhandlungen mit dem Großhandel dürften in einigen Wochen zu einem befriedigenden Abschluß gelangen. In wie weit eine noch engere Kartellierung später möglich ist und eine Gesundung der Verhältnisse durch den Zusammenschluß herbeigeführt wird, muß abgewartet werden. Fabrikanten und Arbeiter haben ein gleich großes Interesse an einer größeren Rentabilität und deren Sicherstellung. Daran mitzuwirken durch Vereinheitlichung der Löhne und dadurch wesentlicher Produktionsbedingungen sollten sich alle Seidenbandweber angelegen sein lassen. Hoffentlich gelingt es bei den bevorstehenden Verhandlungen, einen für die Arbeiter günstigen Tarifvertrag mit dem Verein der Seidenbandfabrikanten abzuschließen und dann auch für die Außen-eiter-Firmen diesen Lohntarifvertrag zur Geltung und Anerkennung zu bringen.

Deutschkoloniale Baumwolle.

Unlängst fand im Reichsamt des Innern eine Beratung statt zum Zwecke der finanziellen Unterstützung der Baumwollproduktion in den deutschen Kolonien. Hierbei wurde seitens der Vertreter der Textilindustrie beschlossen, dem Kolonialwirtschaftlichen Komitee für gemeinnützige Baumwollunternehmungen in den Kolonien auch für die Jahre 1913, 1914 und 1915 Beiträge zu leisten, die dem Satz von 10 % der Beiträge zur Berufsgenossenschaft entsprechen. Die von der Textil- und verwandten Industrien seit der ersten Baumwollkonferenz (1907) geleisteten Beiträge belaufen sich auf über eine halbe Million Mark. Bei den Verhandlungen wurde in Anerkennung der bisher erzielten Ergebnisse ferner beschlossen, dem Kolonialwirtschaftlichen Komitee zu empfehlen, einen Antrag mit sachkundiger Begründung an den Reichstag zu stellen, für Zwecke der Fortführung der Baumwollunternehmungen in den Kolonien 1 Mill. M. bereitzustellen.

Angefaßt dieses Berichtes dürften einige Zahlen über die bisherige Entwicklung der Baumwolle in den deutschen Kolonien interessieren. Das Ergebnis der Baumwollkultur in den deutschen Kolonien Deutsch-Ostafrika und Togo belief sich nach den Angaben des Kolonialwirtschaftlichen Komitees in der Berichtsperiode auf

Jahr	1910	1911	1912 Schätzung	Ballen
	4373	6392	11000	à 250 kg

Nach den letzten Nachrichten ist in diesem Jahre mit einer Ernte von 11000 Ballen zu rechnen. Die Produktion hat sich also in den letzten zwei Jahren mehr als verdoppelt. Deutsch-Ostafrika ist an der Ernte beteiligt mit 8900 Ballen gegen 4322 Ballen im Jahre 1911 und 2491 Ballen im Jahre 1910, Togo, wo die Entwicklungsmöglichkeiten geringer sind, mit rund 2000 Ballen wie in den Vorjahren. Der Erlös aus der Produktion 1911 bezifferte sich auf rund 2 1/2 Mill. M. Der Durchschnittserlös für ostafrikanische Baumwolle in den letzten drei Jahren ergab 83,5 Pf. pro 1/2 kg, für Tugobaumwolle 65,5 Pf. pro 1/2 kg, gegenüber 77 Pf. bzw. 57 Pf. in den Jahren 1906/08. Die Qualität der ostafrikanischen Baumwolle aus ägyptischer Saat hat mit der Standardmarke „ägyptisch fully good fair“, die ostafrikanische aus amerikanischer (Upland-) Saat und die Tugobaumwolle mit der Standardmarke „middling american“ im allgemeinen Schritt gehalten. Ein Vergleich der Fortschritte des Baumwollbaues in den deutschen Kolonien mit denen in anderen Schutzgebieten ergibt folgendes Bild:

	1910	1911	1912 Schätzung	Ballen
Englische Kolonien	32300	44500	58600	à 250 kg
Deutsche Kolonien	4400	6400	11000	250 "
Italienische Kolonien	2400	3600	4800	250 "
Französische Kolonien	1400	1900	2700	250 "

Der Verkaufswert der ostafrikanischen Kolonialbaumwolle betrug im Jahre 1911 rund 20 Mill. M.

Weitere Steigerung der Baumwollgarnpreise.

Die feste Tendenz am Baumwollmarkt im Verein mit der lebhaften Beschäftigung in der deutschen Baumwollindustrie haben ein standiges Anziehen der Garn- und Gewebepreise zur Folge. Nach dem neuesten Kursblatte der Stuttgarter Garnbörse ist in der letzten Woche eine weitere Erhöhung zu konstatieren, die gegenüber den Notierungen vom Anfang des Monats 2 Pf. pro Kilogramm beträgt. Im Vergleich mit den Notierungen von Juli und September d. J. ergibt sich folgendes Bild:

Nr.	15. Juli		3. Sept.		2. Dez.		16. Dez.	
	pro Kilogramm				das englische Pfund			
	Pf.	Sh.	Pf.	Sh.	Pf.	Sh.	Pf.	Sh.
20 Troffelcops	180—184	174—178	188—192	190—194				
20 Pincops	178—182	172—176	186—190	188—192				
30 Troffelcops	210—214	202—206	214—218	216—220				
30 Pincops	208—212	200—204	212—216	214—218				
36 Troffelcops	216—220	208—212	220—224	222—226				
42 Pincops	216—220	208—212	220—224	222—226				
44 Pincops	220—224	212—216	224—228	226—230				
50 Pincops	260—264	252—256	264—268	266—270				
20 Mulecops	178—182	170—174	184—188	186—190				
40 Mulecops	222—226	214—218	228—232	230—234				

Ebenso wie die Garnpreise sind auch die Notierungen für Gewebe erhöht worden, und zwar beträgt die Erhöhung ca. 1/4—1/2 Pf. pro Meter. Kattane, die am 3. September noch 24 1/4—24 3/4 Pf. pro Meter kosteten und am 2. Dezember auf 25 1/4—25 3/4 Pf. gesteigert wurden, werden jetzt mit 25 1/2—25 3/4 Pf. notiert. Diese Preise für Cretonne aus amerikanischer Baumwolle erfuhren eine Steigerung von 31 1/4 auf 31 3/4 Pf. pro Meter.

Textilgewerbe und Kapitalmarkt.

(Nachdruck verboten.)

Gegen Ende des Jahres lohnt es, die Situation in der deutschen Textilindustrie noch einmal kurz zu skizzieren. Die Vorgänge im Laufe des Jahres 1912 sind mehrfach hinlänglich gewürdigt worden: Der Günst der Rohstoffverhältnisse, insbesondere der günstigen Preisgestaltung am Baumwollmarkt, die den größten Teil des Jahres anhielt, standen harte Forderungen am Absatzmarkt entgegen. In mancher Hinsicht stehen die Aussichten für die nächste Zeit günstiger. Einmal wird aus dem Hinterland der Städte, aus den Bauerngegenden verstärkte Nachfrage zu verspüren sein, nachdem die verhältnismäßig reiche Ernte dieses Herbstes die Landbevölkerung mit bedeutenden Mitteln versehen hat. Von besonderer Bedeutung ist sodann die gewachsene Aussicht auf Beendigung der politischen Wirnisse in Europa; diese letztere Entwicklung fällt für das deutsche Textilgewerbe um so mehr ins Gewicht, weil seine Stellung am Auslandsmarkt ohnehin nicht sehr gefestigt ist, und weil die Aufträge für Ausbruch des Balkantriegs noch langsamer eingingen. Andererseits ist wohl bekannt und muß doch immer wieder betont werden, daß ein ungemächter Aufschwung in der Textilindustrie erst mit einer merklichen Abnahme der Teuerung eintreten kann; so haben die Interessenten dieses Produktionszweigs, Unternehmer wie Arbeiter, ganz besondere Veranlassung, auf eine ernstere und erfolgreichere Bekämpfung der Teuerung zu dringen. Bis zu einem gewissen Grade fällt sodann ein weiteres Moment in die Waagschale: die verhältnismäßig geringe Unternehmungslust im Textilgewerbe in den beiden letzten Jahren. Der Rückgang der Neuanvestitionen war zweifellos darin begründet, daß eine Ueberproduktion von Textilzeugnissen beobachtet wurde; eine Feststellung, die das Textilgewerbe in Oesterreich und Italien in der letzten Zeit in weit stärkerem Maße machte. Erwägt man andererseits, daß der deutsche Bevölkerungszuwachs pro Jahr doch immerhin noch zirka 1/2 Millionen beträgt, für die Kleidung geschaft werden muß, so kann man hoffen, daß bei der erwähnten Verlangsamung in der Erweiterung des Produktionsapparats zwischen Produktion und Konsum in kurzer Zeit wieder ein Ausgleich entsteht. Riffermäßig verlief die Entwicklung so: in den Monaten Januar bis November 1910 entnahm die heimische Textilindustrie für Anlagezwecke dem offenen Geldmarkt 47,42 Millionen Mark. Während der gleichen Zeit des Vorjahres ging die Summe der Neuanvestitionen auf 34,38 Millionen Mark zurück; in den ersten elf Monaten des laufenden Jahres beanspruchten Neugründungen und Kapitalerhöhungen im Textilgewerbe 36,34 Millionen Mark. Auffallend stark ist die Abnahme der Unternehmungslust gegen die Parallelperiode des Hochkonjunkturjahres 1907: in den Monaten Januar bis November jenes Jahres wurden in der Textilindustrie 57,28 Millionen Mark investiert. Die genannten Faktoren zusammengefaßt, steht mit einiger Sicherheit zu erwarten, daß die inländischen Textilfabriken im kommenden Jahr wenigstens einen Teil des Gewinnrückgangs wieder ausgleichen. Der Grad dieses Rückgangs der Rentabilität sei zum Schluß statistisch dargestellt. In den ersten zehn Monaten dieses Jahres publizierten 286 Aktienunternehmungen des besprochenen Produktionszweigs ihre Bilanz in einer Form, die einen Vergleich mit dem vorigen Geschäftsjahre ermöglicht. Genannte Gesellschaften arbeiteten 1910/11 mit 543,81 Millionen Mark, 1911/12 mit einem auf 550,88 Millionen Mark genügenden Nominalkapital. Die Dividendensumme mußte vom vorletzten zum letzten Abschluß von 41,75 Millionen Mark auf 36,80 Millionen Mark reduziert werden. Mit andern Worten: die durchschnittliche Dividende im Textilgewerbe ging um ein volles Prozent, auf 6,7 v. H., zurück. Von den einzelnen Gruppen seien nur die Baumwollspinnwebereien mit 115,52 Millionen Mark erwähnt, deren Gewinnbeteiligung im Durchschnitt von 4,6 auf 3,1 v. H. sank; eine Steigerung der Dividende war in keiner Gruppe möglich.

Lage und Aussichten in der deutschen Leinenindustrie.

Man schreibt aus Sachkreisen: Nachdem man in den Kreisen der Verbraucher von Flach in den letzten Monaten etwas zurückhaltend gewesen ist, zeigt sich jetzt wieder etwas mehr Leben. Besonders das Geschäft in russischem Flach hat, nachdem sich herausgestellt, daß die Ernte im allgemeinen enttäuscht hat, eine wirkliche Aufbesserung erfahren. Die Berichte aus Rußland über die dortige Flachsernte sind bekanntlich stets mit großer Vorsicht aufzunehmen, da sie oftmals nicht der wirklichen Sachlage entsprechen; die deutschen Spinnerereien ziehen es daher meistens vor, Berichte von privater Seite einzuholen, und diese bekätigen, daß, wie auch in den beteiligten Kreisen angenommen wurde, die neue Ernte in Rußland außerordentlich verschieden ausgefallen ist. Die besseren Slaney-Flächse sind zwar lediglich gut ausgefallen, aber die mittleren und geringeren sollen wenig spinnfähig sein; ungünstig ist im allgemeinen auch das Urteil über die Wasserrüste. Unter diesen Umständen müssen die Käufer sehr vorsichtig vorgehen. Während in den Motoschenegbistriten, wegen der schlechten Wege, die Zufuhren gering waren, erfreuten sich die Slaneyflachsmärkte einer guten Versorgung. Die Preise blieben fest bei guter Nachfrage, für die besseren Qualitäten gab es kleine Preissteigerungen. Noch französischen und belgischen Flächsen machte sich etwas mehr Begehrt bemerkbar, die Umsätze sind jedoch nicht so bedeutend, wie sie um diese Jahreszeit sein mußten, und zwar infolge der hohen Preise. Die Zufuhren von blauen flandrischen Flächsen sind noch klein, die besseren Qualitäten sind gesucht, aber die geringeren Qualitäten sind zu weniger festen Preisen zu erhalten. Die Lage der Flachspinnereien hat sich seit Anfang Oktober wenig geändert; die Beschäftigung ist nach wie vor eine gute, die meisten Betriebe sind für 1-6 Monate reichlich mit Aufträgen versehen. Für weitere Verkäufe sind die Spinner aber etwas zurückhaltend, die Unsicherheit am Nachmarkt läßt noch weitergehende Abschlüsse nicht ratsam erscheinen. Was die Preisentwicklung anbelangt, so neigen die Hedegarnpreise stetig noch oben, während die Flachpreise zwar sehr fest, aber vorerst nicht steigend sind. Angesichts der dargelegten Verhältnisse auf dem Nachmarkt wird weiteres Steigen, auch der Preise für Flachgarn, unausbleiblich sein. Der Abwurf auf ältere Verträge vollzog sich glatt. Die erzielten Preise für Gespinne haben in vielen Fällen nicht befriedigen können, wenn auch nicht zu verkennen ist, daß bei der guten Beschäftigung der Spinneret, das Preisverhältnis sich im allgemeinen günstiger gestaltet hat.

Für die Fabrikate der deutschen Leinen- und Halbwebererei ist anhaltend gute Nachfrage, die mit der Festigkeit der Flachgarns, sowie auch der Baumwollgarns noch mehr hervortritt. Ueberhaupt zeigt sich die steigende Preisbewegung der Gespinne von günstiger Einwirkung auf den Gang des Warengeschäfts; es kamen zahlreiche größere Lieferungsabschlüsse in allen Stapelartikeln zustande, die den Betrieben reichliche Beschäftigung für längere Zeit sichern und ihnen zugleich die Möglichkeit geben, bei Vereinnahme weiterer Aufträge auch auf Preise zu halten, die im Einklang mit dem jetzigen Wertstand der Garne stehen. Auch bezüglich der Abnahme der früher gekauften Waren, begegnen den Webern jetzt keine Schwierigkeiten, zumal da die Bestände bei den Großhändlern schon mit Rücksicht auf die im Januar beginnende Frühjahrssaison einer ausgiebigen Ergänzung bedürfen. Die Nachfrage für Exportzwecke war wegen des Balkankrieges etwas zurückgegangen, dagegen hat sich erfreulicherweise auch der Verkehr nach den Vereinigten Staaten wieder gehoben. In den Webefabriken nahm das Geschäft einen normalen Verlauf, die Betriebe sind soweit ausreichend beschäftigt gewesen, und es bestehen auch die besten Aussichten für ein lebhaftes Frühjahrsgeschäft.

Aus dem Verbandsgebiete.

Arbeitslosen-Berichterstattung.

Wir machen die Arbeitslosen-Berichterhalter in den einzelnen Ortsgruppen darauf aufmerksam, daß am Samstag, den 28. Dezember, das vierte Quartal 1912 zu Ende geht. Gleichzeitig ist dieser Samstag Arbeitslosen-Stichtag für den Monat Dezember.

Wir bitten die Kollegen dringend, darauf zu achten, daß spätestens vier Tage nach Schluß des Quartals, also spätestens am 2. Januar 1913, die gelben Vierteljahreskarten ausgefüllt an die Zentrale eingekandt werden müssen. Man vergeße die Angabe der gesamten Mitgliederzahl am Schluß des Quartals in der ersten Rubrik der Karte nicht. Mit kollegialem Gruß Die Zentrale.

Lohnbewegungen und Arbeitskretigkeiten.

Töbdenbüren.

Der Streik aufgehoben. Die streikenden Arbeiter der Firma Smecring A.-Ges. beschloßen, den Streik abzubrechen. Die Arbeit ist bereits am Samstag, den 22. Dezember, wieder aufgenommen worden. Die Arbeiter werden erneut mit der Firma zu verhandeln suchen. Der Aussperrungsbeschuß des Unternehmerverbandes ist bereits zurückgenommen worden. Wir werden evtl. auf die Angelegenheit in einer der nächsten Nummern zurückkommen.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Brand. Die am 24. November abgehaltene Arbeiterinnenversammlung hatte wohl nur den einen Fehler, daß sie nicht gut genug besucht war. Als Referent war unser Bezirksleiter,

Kollege Weber, erschienen. Ferner konnten wir in unserer Mitte begrüßen unsere beiden Pfarrgeistlichen, die hochwürdigen Herren Pfarrer Kof und Viktor Schüb. Nachdem die Versammlung durch ein Lied aus unserm Verbandsliederbuch eröffnet war, erstattete eine Kollegin einen Bericht über die Arbeiterinnenkonferenz in Aachen. Gemäß den Anregungen dieser Konferenz haben wir in hiesiger Ortsgruppe eine Kommission von Arbeiterinnen gebildet, welche in Zukunft in der Agitation unter den Arbeiterinnen selbständig arbeiten soll.

Kollege Weber-Aachen hielt hierauf einen interessanten Vortrag über die Notwendigkeit des gemeinschaftlichen Zusammenschlusses für die Arbeiterinnen. Es könnte für dieselben jedoch nur die christliche Organisation in Frage kommen.

In der folgenden Diskussion erklärte sich Herr Pastor Kof mit unseren Bestrebungen vollständig einverstanden und bemerkte, daß auch den Arbeiterinnen Gelegenheit gegeben würde, an dem vom Arbeiterverein abgehaltenen Unterrichtskursus teilzunehmen.

Vor Schluß der Versammlung wurden einige Aufnahmen gemacht und mit einem munteren Liede ging man auseinander. NB. Die Geschäftsstunden unserer Ortsgruppe finden statt: Freitag abends von 8 1/4-9 Uhr im Lokale Bongeuberg, unterer Saal. Der Vorstand bittet die Vertrauensleute und Bezugsherrschigten ihre Sachen pünktlich abzuholen.

Borghorst. In der Eröffnungsansprache kam der Vorsitzende auf die letzte Mitgliederversammlung zurück und gab bekannt, daß bis jetzt 10 Mitglieder ausgetreten, dafür aber 8 neue gewonnen seien. Aus der Vorstandswahl gingen mit großer Majorität hervor die Kollegen Robert Bordenick, August Bergmann, Anna Beckmann, und für den zurückgetretenen Kollegen Müller wurde der Kollege Anton Brunkemühle gewählt. Während der Feststellung des Wahlergebnisses wurde verhandelt über eine Entschädigung an den Schriftführer und die Vertrauensmänner. Es wurde beschlossen, dem Schriftführer eine Entschädigung von 8 M. pro Quartal zu geben, den Vertrauensleuten eine solche von 3 Prozent nach Abzug des Sozialbeitrags. Es sollen aber für Richterinnen bei Vertrauensmännerversammlungen 30 Pf. und für Richterinnen bei Abrechnung 50 Pf. in Abzug gebracht werden. Zum folgenden Punkt „Stiftungsfest“ wurde beschlossen, dasselbe wegen des 10-jährigen Bestehens der Ortsgruppe im nächsten Sommer abzuhalten. Auch wurde besonders darauf aufmerksam gemacht, daß der Antrag auf Neuabhebung der Anwartschaft bei der Invalidenversicherung jetzt bedeutend günstiger stehe als nach Neujahr. Es soll ferner für mehrere Wochen ein Kursus in Stenographie stattfinden, an dem sich auch unsere Mitglieder beteiligen können. Zum Schluß hielt ein Mitglied einen Vortrag über die augenblickliche Lage in unserer Ortsgruppe. Redner entwarf ein Bild unserer Ortsgruppe von der Gründung bis heute. Besonders erwähnte er die Kolleginnen, an unseren Bestrebungen mitzuarbeiten. Mit einem begeisterten Appell, Vertrauen zu unseren Führern und Vertrauen zu unserer Sache zu haben, schloß der Kollege seine Ausführungen.

Brombach. Unsere Generalversammlung hielten wir am Sonntag, 15. Dez., abends 7 Uhr in der „Krone“ ab. Die Vorarbeiten zum Weihnachtsfest mögen wohl die Ursache gewesen sein, daß die Kolleginnen diesmal fehlten. Als erster Vorsitzender wurde Kollege Karl Schmidt und als zweiter Vorsitzender Kollege Heinrich Weber neu gewählt. Der Kassierer, Kollege Nieße, wurde einstimmig wiedergewählt und erklärte auch, sein Amt weiter behalten zu wollen im Interesse der Sache. Das Schriftführeramt befragt Kollege Wots Wütnner bis auf weiteres. Als Beisitzer wurde gewählt Kollege Daniel Sutter und als Revisoren die Kollegen Ernst Wütnner und Friedolin Höttinger. Bezirksleiter Kollege Rümmele dankte den Vorstandsmitgliedern für ihre bisher geleistete Arbeit und sprach sodann noch über den Dresdener und Essener Kongreß, wobei er zum Schluß zu unermüdlicher Werbearbeit aufforderte. Kollegen und Kolleginnen, besucht euere Versammlungen zahlreicher!

Enitbus. Die Ortsgruppe Enitbus des Zentralverbandes christl. Textilarbeiter Deutschlands hielt am 15. Dezember ihre Monatsversammlung ab. Nach Bekanntgabe des Kasienberichts durch den Kassierer erfolgte der Bericht des Gewerkschaftsbeamten Fahrenberg (Forst) über die Verbandsgeneralversammlung in Eibersfeld, wobei der Redner ganz besonders betonte, daß die Verhandlungen dieser Generalversammlung dazu beigetragen hätten, die innere Festigkeit, Geschlossenheit und Schlagfertigkeit des Verbandes gegenüber allen gegnerischen Angriffen zu fördern. Verschiedene Beschlüsse führten zu einer finanziellen Stärkung des Verbandes, sodas der Verband in Zukunft erhöhten Anforderungen wird Rechnung tragen können und die christl. Textilarbeiterchaft in ihrem Verbands eine gute Stütze und wirksame Vertretung ihrer Interessen finden wird. Das an sich schon gut ausgebaute Unterstützungsweesen fand auch noch eine Erweiterung durch die von unserer Ortsgruppe beantragte und von der Generalversammlung mit großer Mehrheit angenommene Militär-Unterstützung, die von unseren Kollegen im bunten Rock gewiß angenehm empfunden und freudig begrüßt werden wird (Sehenk beim Manboer, zu Weihnachten und beim Abgang vom Militär). Arb.-Sekret. H. Spierkötter wies zum Schluß noch auf die agitatorische Wirkung der Beschlüsse, sowie auch auf die Sinnmäßigkeit, mit der alle Fragen erörtert und Beschlüsse gefaßt wurden, hin. Zur Abwechslung wurden einige zum Teil humoristische Gewerkschaftslieder mit Klavierbegleitung gemeinschaftlich gesungen, auch wurde ein neues Mitglied aufgenommen. Es wurde noch beschloßen, daß die nächste Versammlung mit Vorstandswahl am 11. Januar 1913 stattfinden soll.

Zu obigem Bericht wäre noch hinzuzufügen, daß die Versammlung trotz der Anstrengungen des Vorsitzenden schlecht besucht war. Der Sturm und Regen, der am selben Abend wütele, mag etwas dazu beigetragen haben. Es wurde auch beschloßen, vom Ausfüllen der Lohnkarten solange abzusehen, bis der ganze Bezirk sich dazu entschloßen hat. Es wird ferner geplant, im neuen Jahre den Versuch zu machen, einen Diskussionsabend einzurichten, zu welchem auch die Mitglieder der konfessionellen Vereine eingeladen werden könnten. Als Stoff zur Diskussion sollen dienen Abschnitte aus unserm Organ, Zentralblatt, Volksgenossen, Evangelische Arbeiterzeitung und Die deutsche Arbeiterin. Die Beteiligung akademisch gebildeter Herren ist erwünscht. Die lokale Presse ist uns günstig.

Ettingen-Albtal. Am 6., 7. und 8. Dezember hielt unser Verband für das ganze Albtal öffentliche Versammlungen ab, in denen überall das Thema behandelt wurde: „Die Bedeutung und Aufgaben der christlich-nationalen Arbeiterbewegung.“ Diese Versammlungen waren fast durchweg gut besucht. Der äußere Erfolg besteht in 114 Neuaufnahmen, die sofort vollzogen wurden, und läßt die begeisterte Stimmung noch auf zahlreiche weitere Beitritte in der nächsten Zeit hoffen. Alles in allem bestehen jetzt in

11 Orten des Albtals Gruppen unseres Verbandes mit über 800 Mitgliedern. Auch eine schöne Anzahl Kolleginnen gehören schon dem Verbands an. Unsere Mitglieder müssen nun unablässig weiterarbeiten, um alle Mitglieder, besonders aber die Arbeiterinnen, noch zu gewinnen. Der letzte Arbeiter und die letzte Arbeiterin gehören in die Organisation!

Rechhausen. Eine sehr interessante und anregende Generalversammlung haben diejenigen Mitglieder unserer Ortsgruppe verfaßt, die es vorgezogen haben, derselben fern zu bleiben. Nach Eröffnung durch den zweiten Vorsitzenden brachte der erste Vorsitzende einen interessanten und ausführlichen Bericht über die Bezirkskonferenz in Kaufbeuren. Dem Tätigkeitsbericht ist zu entnehmen, daß im Berichtsjahre 7 Monatsversammlungen und 11 Ausschusssitzungen stattfanden. Außerdem beteiligten sich unsere Mitglieder anlässlich der Lohnbewegung an 40 Betriebsversammlungen. Diese Lohnbewegung hat der Textilarbeiterchaft eine schöne Lohn-erhöhung gebracht. Bedauerlich ist aber, daß in Augsburg und Umgebung es so viele Arbeiter und Arbeiterinnen gibt, die wohl ernten, aber nicht säen wollen. Ein Teil der Arbeiterchaft hat den Weg zur Organisation gefunden. So war es uns auch, dank der Opferfreude mancher Kollegen und Kolleginnen, möglich, die Mitgliederzahl in unserer Ortsgruppe bedeutend zu erhöhen. Der vom Kassierer erstattete Kasienbericht wies ein verhältnismäßig günstiges Resultat auf. Sämtliche aus dem Ausschusß auscheidenden Kollegen wurden einstimmig wiedergewählt. Als Vertrauensmänner sowie als Mitarbeiter in der Agitationskommission haben sich eifrige und erprobte Mitglieder bereit erklärt. Unsern Kollegen und Kolleginnen rufen wir zu, im neuen Vereinsjahr mit Mut und Begeisterung an unserer guten Sache weiterzuarbeiten, die Reihen unserer Organisation zu stärken, damit wir ein schönes und starkes Glied im Zentralverband christlicher Textilarbeiter Deutschlands sind und bleiben.

Murg. Einen schönen Verlauf nahm unsere am 13. Dez. stattgefundene Generalversammlung. Zu Anfang derselben wurde ein schönes Gewerkschaftslied gesungen. Die Tagesordnung wurde rasch erledigt und umfaßte folgende Hauptpunkte: 1. Wahl des ersten Vorsitzenden, 2. Wahl eines Schriftführers und Vortrag des Kollegen Rümmele-Brombach über „Der neueste Gewerkschaftsstreit und die Kongresse in Dresden und Essen.“ Ein schönes Vertrauensvotum stellte die Versammlung unserem bisherigen Vorsitzenden Kollegen Ammann dadurch aus, daß sie ihn in geheimer Wahl einstimmig wiedergewählte. Das hat er auch verdient; seit Jahren lenkt er die Geschäfte unserer Ortsgruppe. Er war auch mit dabei, als der Bezirk vor elf Jahren gebildet wurde; er stand stets in vorderster Kampfeslinie. Kollege Ammann nahm die Wahl wieder an mit der Aufforderung, daß alle Mitglieder in Zukunft auch treu zum Verbands halten und sich auch in der Agitation zur Gewinnung neuer Mitglieder gerne zur Verfügung halten sollen. An Stelle des bisherigen Schriftführers, Kollegen Lüttig, wurde Kollege Baumgartner mit großer Mehrheit gewählt! Auch er ist einer, der mit „von Anfang an“ dabei gewesen ist. Hierauf hielt Kollege Rümmele seinen Vortrag. Mit lebhaftem Interesse folgten die Mitglieder seinen Ausführungen. Durch ihren Beifall während und am Ende des Vortrages bezeugten die Mitglieder, daß auch sie die Selbständigkeit unserer Bewegung nicht angetastet wissen wollen. Kollege Kieser-Säckingen ermunterte zur regen Agitation und zeigte Mittel und Wege, wie wir vorwärts kommen können. Nachdem dann noch einige schöne Lieder gesungen waren, ging man auseinander mit dem festen Entschluß, in eine energische Agitation einzutreten zu wollen.

Reichsdahlen. Die Mitglieder werden nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß die Verbandsunterstützungen beim Kollege Th. Tomas, Wollmillerstr., ausbezahlt werden. Dort müssen sich auch die Arbeitslosen-Mitglieder von morgens 10-11 zur Kontrolle melden. In Zukunft finden die Vierteljahrs-Abrechnungen mit den Vertrauensmännern jedesmal am Sonntag nach Quartalschluß in der Wohnung des Kassierers, Joh. Birnbaum, statt. Vom 1. Januar ab kommen nur noch neue Beitragsmarken zur Verwendung. Auch wird darauf hingewiesen, daß auf unserer nächsten Versammlung, (19. Januar), der Vertrag bezgl. Rappulieferung erneuert werden muß.

Schönau. Eine gut besuchte Versammlung fand am Donnerstag, 12. Dezember, gleich nach Arbeitschluß für unsere Mitglieder in Schönenduchen statt. Kollege Rümmele hielt zunächst einen Vortrag über die Pflichten und Rechte der Arbeiter in den Krankenkassen. Auch zur bevorstehenden Neuwahl der Krankassenvertreter wurde Stellung genommen. Sodann wurden einige Mißstände in Betrieben besprochen, was inzwischen seine Erledigung gefunden hat. Am selben Abend fand um 8 Uhr noch eine Versammlung für die Schönau-Verbandsmitglieder statt. Leider verursachte hier die am selben Tag stattgefundene Bürgermeisterwahl uns insofern Abbruch, als die Kollegen fernblieben und lieber am Wahl-Bankett teilnahmen. So sprachen die anwesenden Kolleginnen sich denn über die Agitation aus und wurde manche wertvolle Anregung gegeben. Die nächste Versammlung ist wieder für Schönenduchen und Schönau gemeinsam.

Volkswirtschaftliches und Soziales.

Die Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit. Dank der eifrigen Aufklärung durch unsere Hygieniker, durch Kerze und Behammen, dank der willigen Folgsamkeit und Fürsorglichkeit der Mütter, durch die Vorkrisen über das Kostkinderwesen und andere Maßnahmen der Behörden, ist die Säuglingssterblichkeit stark zurückgedrängt worden. Sie ist in Bayern von 31,9 Prozent im Jahre 1875 auf 21,7 Prozent im Jahre 1909 gefallen. In Norddeutschland hat das Maximum der Säuglingssterblichkeit nie die Höhe erreicht wie in Süddeutschland. Ähnlich liegen die Verhältnisse bei den Zahnerkrankungen, die im Süden häufiger sind wie im Norden. In Preußen, das 1895 eine durchschnittliche Säuglingssterblichkeit von 22 Prozent zu verzeichnen hatte, ist bis 1905 ein Rückgang auf 19,8 und im Jahre 1909 auf 16,4 Prozent eingetreten. Die Zahl der gestorbenen Säuglinge im Reich stellte sich 1905 auf 20,5 vom Hundert, 1909 auf 17 vom Hundert der im ersten Lebensjahre Gestorbenen.

Einen starken Rückgang der Sterblichkeit haben eine Anzahl von Großstädten zu verzeichnen. Von 1901 bis 1909 ist sie gesunken in

Berlin	von 22,4 auf 15,8
Höln	24,9 " 15,4
Münchbe. g.	24,8 " 17,0
München	24,6 " 16,6
Chemnitz	23,1 " 19,1
Leipzig	23,6 " 15,0
Mannheim	24,8 " 16,2
Stuttgart	17,4 " 14,8

Diese erfreuliche Erscheinung hängt zusammen mit der unerreichten des Rückgangs der Geburten überhaupt. Ein Vergleich mit dem nächstzuletztliegenden Jahre 1908 ergibt, daß in der Stadt Berlin im Jahre 1909 4317 Kinder weniger geboren wurden. In Köln waren es 911 weniger, in München 727, in Leipzig 265, in Mannheim 479 und in Stuttgart 52 Geburten weniger als 1908. Auf dem II. Deutschen Kongress für Säuglingsfürsorge in München 1910 wurde denn auch von hoher Stelle darauf hingewiesen, daß die Geburtenhäufigkeit im Deutschen Reich zurückgehe und es umso mehr geboten sei die Geborenen zu erhalten. Die Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit sei eine Frage von hoher nationaler und volkswirtschaftlicher Bedeutung.

Im Vergleich mit anderen europäischen Ländern wird Deutschland nur übertroffen von Rußland, Oesterreich-Ungarn mit 21 Prozent und Rumänien mit 19,7 Prozent im ersten Lebensjahre Gestorbener. Serbien hatte 1909 14,3, Bulgarien 15,4, Italien 14,8, Frankreich 14,3 Prozent im ersten Lebensjahre Gestorbene. In der Schweiz ist der Prozentsatz der gestorbenen Säuglinge 10,8, in Holland 9,9 und in Schweden nur 8,6. In Schweden hat die Regierung schon frühzeitig, geradezu mit drakonischer Strenge eingegriffen und die Bestrafung der Mütter angeordnet, die ihre Kinder nicht stillen. So ist das Selbsttöten der Neugeborenen dort fast allgemein. Welche Wirkung dies auf die Sterblichkeit bzw. Lebensfähigkeit ausübt, zeigt die gegebene Zahl.

Im Deutschen Reich ist man an der Arbeit, den Kampf gegen die Säuglingssterblichkeit über das ganze Land zu organisieren. Im Reichsstat sind seit einigen Jahren je 40000 Mark, seit 1911 60000 Mark eingesetzt zur Unterhaltung einer besonderen Anstalt. Die Einzelstaaten und Gemeinden genehmigen ebenfalls Mittel zur Einrichtung von Mütterberatungsstellen und zur Gewährung von Stillprämien. Bei entschiedener Mitwirkung auch der Beteiligten selbst, dürfte es wohl gelingen, die Säuglingssterblichkeit im Deutschen Reich allmählich so abzumindern, daß es sich neben Schweden stellen kann. S. P.

„Schutz vor Lungentuberkulose.“ Die Landesversicherungsanstalt Westfalen hat in diesem Jahre ein **Rezeptionsblatt** unter dieser Überschrift herausgegeben, welchem wir im Interesse der Allgemeinheit die weiteste Verbreitung wünschen. Vielen unserer Leser kann der Inhalt dieser vier Seiten des blauen Blättchens nützlich sein, mancher muß sich vor Ansteckung bewahren, mancher muß sich hüten, niemanden seinerseits anzustecken. Alle sollen so leben und sich so verhalten, daß sie gesund bleiben oder, wenn sie leider schon erkrankt sind, daß sie möglichst wieder gesund werden oder doch ihr Leben verlängern und daß sie keinesfalls andere mit in ihr Unglück ziehen. Deshalb wollen wir nicht veräumen, die beherzigenswerten Sätze hier gleichfalls zu veröffentlichen.

Die Tuberkulose befallt die verschiedensten Teile des Körpers, meist aber die Lungen und zwar durch Eindringen des Tuberkelbazillus in sie (Lungenwindlucht). **Keinheitszeichen:** Husten, Auswurf, Fieber (Steigerung der Körpertemperatur, besonders des Abends), Atemnot, Brustschmerzen, Stiche unter und zwischen den Schulterblättern, Nachtschweiß, Mangel an Schlaf, Blutspucken (oder Blutsturz) und Abmagerung. Ansteckung erfolgt namentlich durch Einatmen der Tuberkelbazillen, indem eingetrockneter und zerstäubter Auswurf eines Kranken oder die beim Sprechen und Husten eines solchen verpflanzten Tröpfchen aufgenommen werden; ferner auch bei der Nahrungsaufnahme, — Milch tuberkulöser Kühe, Fleisch tuberkulöser Tiere, — endlich durch Einbringen in verletzte oder erkrankte Stellen der Schleimhäute oder der äußeren Haut. Jeder sollte deshalb für gefahrlose Beseitigung des Auswurfs! Nicht ansputen in Kirchen, Arbeitsräumen, Wohnungen, Wirtschaften, Straßen- und Eisenbahnwagen oder auf verkehrsreichen Wegen. Beim Husten ist das Taschentuch vor den Mund zu halten. Andere nicht ansputen! Nicht mit anderen aus einem Glase trinken, aus einer Schüssel essen, keine Gegenstände in den Mund nehmen, die andere in Mund oder Hand gehabt haben! Auch Küffen auf den Mund ist zu vermeiden!

Lungenkrankheit oder der Krankheit verdächtige müssen ihren Auswurf in ein besonderes Gefäß entleeren, (nicht hantieren), und zwar im Hause und auf der Arbeit in eine halb mit Wasser gefüllte Spundnapf, sonst in eine stets mitzuführende kleine Leinwandtasche. Der Auswurf ist mit Wasser in den Abort zu schütten oder zu verbrennen. Taschentücher und schaumige Wasche von Lungenkranken sind gesondert anzubewahren und bei der Wasche eine halbe Stunde lang in Seifenlauge anzuspülen.

Saubereit beim Essen! Milch und Fleisch sind nur in gebodtem Zustande zu genießen. Das Gesicht von Lungenkranken ist sofort nach dem Gebrauch für einige Minuten in kochendes Wasser zu legen. Vor dem Essen die Hände waschen!

Das Einbringen des Ansteckungsstoffes in verletzte oder erkrankte Stellen der äußeren Haut und der Schleimhäute kann erfolgen beim Vorhandensein kleiner Wunden oder von Hautausschlag, ferner durch Einführung bazillenbehafteter Finger in Mund und Nase, z. B. beim Kriechen der Kinder auf dem Fußboden, durch Anrühren befeuchteter Gegenstände (Kleider, Taschentücher und dergl.). Daher zu vermeiden: Fingerlutschen, Nagelkauen, Fingerkneuen beim Umblättern und Karten spielen, Bohren in der Nase!

Versammlungskalender.

- Boghoff. 29. Dezember, 10 Uhr, Langenbergstr., Abrechnung der Vertrauensmänner.
- Gera. 5. Januar, 2 Uhr, im Jägerhof, Schillerstraße 25, Generalversammlung.
- Oberfranken. 12. Januar, 6 Uhr, im deutschen Eck, Generalversammlung.
- Schirup. 5. Januar, vierteljährige Abrechnung der Vertrauensmänner.
- Rheidi. 9. Januar, 7 1/2 Uhr, bei Wb. Paffen, Vertrauensmännerkongress.
- 12. Januar, 10 1/2 Uhr, im Lokale der Bürgergesellschaft, Bahnhofstraße, Generalversammlung.
- Schlag. 29. Dez., 10 1/2 Uhr, bei Leo Bohmwinkel.
- Wassenberg. 15. Januar, 7 Uhr, bei Witwe Schmitz, Generalversammlung.

Adressenänderung.

Bezirk Straßburg-Mühlhausen.

Die Adresse des Bezirksleiters lautet jetzt: Wilh. Köhling, Mühlhausen i. Gl., Franklinstraße 5.

Sterbe-Tafel.

Es starben die Verbandsmitglieder:

- Albert Mertens in Barmen.
- Anna Effenberger in Bremen.
- Anton Zanders in Schiefbahn.
- Johann Rex in Breyell.

Ehre ihrem Andenken!

Literarisches.

Unsere Vorstandsmitglieder

sind schon durch ein Rundschreiben auf die neueste gewerkschaftliche Literatur aufmerksam gemacht worden. Es handelt sich um ganz bedeutende Neuerwerbungen, die einen großen Absatz in Mitgliederkreisen verdienen. Da ist zunächst das

Protokoll von dem Dresdener Kongress

der christlichen Gewerkschaften, das zum Preise von 50 Pfennig von der Zentralkasse in Düsseldorf bezogen werden kann. Das Protokoll enthält sämtliche Referate, Anreden und Diskussionen des Kongresses und bietet somit ein vorzügliches Material.

Das Protokoll über die

Verhandlungen des Essener außerordentlichen Kongresses ist ebenfalls erschienen. Es kostet nur 10 Pfennig. Einer besonderen Empfehlung bedarf dieses Protokoll nicht. Es enthält das Referat des Kollegen Stegerwald und die Erklärungen der Vertreter der einzelnen Verbände.

Der Vortrag des Kollegen Stegerwald

auf dem außerordentlichen Kongress ist in Broschürenform herausgegeben worden. Der Preis von 5 Pfennig gestattet einen Massenvertrieb. Kollege Stegerwald hat auf dem Essener Kongress die Undurchführbarkeit des „Berliner“ Systems und die Wichtigkeit des Standpunktes der christlichen Gewerkschaften in einer meisterhaften Rede dargelegt. Darum sollte dieser gedruckte Vortrag bei keinem tüchtigen Gewerkschaftler fehlen.

Wer verweisen nochmals auf unser Rundschreiben und fordert unsere Mitglieder und Vertrauensmänner auf, für einen systematischen Vertrieb der genannten Schriften Sorge zu tragen.

Der Geschäftsbericht des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands (in Buchform, 250 Seiten stark) ist durch die Geschäftsstelle in Düsseldorf, Kavalleriestr. 22, zu beziehen.

Preis nur 30 Pfg.

Der Geschäftsbericht enthält volkswirtschaftliches Material, wichtige Angaben über textilindustrielle Verhältnisse, Zusammenstellungen und Berichte über die Entwicklung des Verbandes (speziell in den letzten zwei Jahren), Mitgliederbewegung, Finanzgebarung, ein reichhaltiges Tabellenwerk über das Unternehmensewesen, die Geschäftsberichte der Beamten, die Anträge zur Überleitung der Generalversammlung etc.

Der Geschäftsbericht enthält zahlreiche praktische Hinweise für die Agitationsarbeit, er gibt ein klares Bild über die Lage des Verbandes. Er ist unentbehrlich für alle Vorstandsmitglieder und Vertrauenspersonen, von größter Wichtigkeit für alle Mitarbeiter und Mitglieder.

Das Protokoll der IV. Generalversammlung des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands (22. bis 25. Sept. 1912 zu Elberfeld ca. 180 Seiten stark) ist erschienen.

Preis 20 Pfg.

Da in der Textilarbeiter-Zeitung nur ein kurzer Auszug über die Verhandlungen veröffentlicht werden konnte, ist der topographische Bericht von größter Bedeutung. An die Ortsgruppenleitungen richten wir den dringenden Appell, das Protokoll (ebenso auch den Geschäftsbericht) einem möglichst großen Mitgliederkreis zugänglich zu machen.

Bestellungen nimmt entgegen die Geschäftsstelle des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands, Düsseldorf, Kavalleriestraße 22.

Protokoll der Verhandlungen des letzten internationalen Kongresses christlicher Textilarbeiterorganisationen.

Die Verhandlungen unseres sechsten internationalen Kongresses waren für die Textilarbeiter besonders interessant und wichtig. Wir weisen nur hin auf die grundsätzlichen, programmatischen Referate, die die Stellung der christlichen Textilarbeiterorganisationen zur Sozialdemokratie und zu unserer Industrie und den Arbeitgebern behandeln. Von großem praktischen Werte aber sind die Referate: „Wie kommen wir zu einem besseren Berufsarbeiterschutz in der Textilindustrie?“ Daraus werden unsere Mitglieder, namentlich diejenigen, die in den Vorständen, Arbeiterausschüssen usw. sitzen, oder die als Vertrauensleute tätig sind, eine Menge von Anregungen für ihre praktische Arbeit schöpfen können. Von ganz besonderer Bedeutung sind ferner die Referate über die „Ausländerfrage“. In dem Referate über die „Frauen- und Kinderarbeit“ ist eine Menge von Material zusammengetragen, das unsere Kollegen sehr gut verwerten können. Die Diskussion zu den Referaten ist ziemlich ausführlich wiedergegeben und bietet manche wertvolle Anregungen für jeden Gewerkschaftler.

Unsere Ortsgruppenleiter und Vertrauensleute mögen sich einen systematischen Vertrieb dieser wertvollen Neuerscheinung angelegen sein lassen. Das ziemlich umfangreiche Protokoll kostet nur 20 Pfennig.

Bestellungen sind an die Zentralkasse in Düsseldorf zu richten.

Das Taschenbuch für evangelische Arbeiter, herausgegeben von Pfarrer D. Weber, M.-Gladbach und Pastor H. Mumm, M. d. R., Berlin, erscheint mit dem Jahrgang 1913 nun schon zum 7. Male und hat sich längst in weiten Kreisen Bürgerrecht erworben. Recht aktuell sind die Aufsätze: „Die christlich-nationale Arbeiterbewegung“, „Bebel entlarvt“, „Gelbe Verbände“ usw. Reiches Material über den Stand der evangelischen Arbeitervereine, der christlichen Gewerkschaften, über den Gesamtverband bieten weitere Artikel. Dazu kommt ein kurzer Abriss über die für die Arbeiter wichtigste Literatur. Reiches Kalendermaterial und ein praktisches Notizbuch auf gutem Schreibpapier vervollständigen den Inhalt. Das gut gebundene Buch kostet 60 Pfg. für 1 Exemplar, ab 15 Exemplare 45 Pfg. und ab 30 Exemplare 40 Pfg. ohne Porto und ist zu beziehen von der Buchhandlung der Sozialen Geschäftsstelle für das evangelische Deutschland, E. B. zu Berlin NW. 87, Tille Wardenbergstr. 28. (E. B. A. Wobait 8941).

Meyers Orts- und Verkehrslexikon des Deutschen Reichs

Neu bearbeitete Auflage

Auf Grund amtlicher Unterlagen von Reichs-, Landes- und Gemeindebehörden herausgegeben von **Dr. E. Uetrecht**

Mit 51 Stadtplänen, 19 Umgebungs- und Übersichtskarten, einer Verkehrskarte und vielen statistischen Beilagen

2 Bände in Leinen gebunden zu je 18 Mark

Ausführliche Prospekte sind kostenfrei durch jede Buchhandlung zu beziehen

Verlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig und Wien

Inhaltsverzeichnis.

- Artikel: Das Jahr 1912. — Zur Zentralisation der Ortsgruppenkassen. — Ein Streit der Bergleute im Saargebiet? — Die Entwicklung der Unternehmer-Arbeitsnachweise. — Die Verfassung der Textilindustrie in Deutschland. — Seniketon: Bettler. — Verwehl. — Allgemeine Rundschau: Zu den kommenden Vorstandswahlen. — Vergebliches Hoffen. — Alexander Lilla gestorben. — Arbeiter und Arbeitgeber in England. — Sozialdemokratische Jugenderziehung. — Unternehmersolidarität in der Textilindustrie. — „Freie“ Gewerkschaften und Freiheitertum. — Die „Gelben“ — politische Knechte. — Wohnungsämter, Wohnungsaufsicht, Wohnungsnachweis. — Die Getreideölle der einzelnen Staaten. — Aus unserer Industrie: Die Seidenbandindustrie. — Deutschkoloniale Baumwolle. — Weitere Steigerung der Baumwollgarnpreise. — Textilgewerbe und Kapitalmarkt. — Lage und Aussichten in der deutschen Feinindustrie. — Aus dem Verbandsgebiete: Arbeitslosenberichterstattung. — Lohnbewegungen und Arbeitsfreitigkeiten: Jöbenbüren. — Berichte aus den Ortsgruppen: Brand. — Borgherit. — Brombach. — Cottbus. — Erlangen-Althal. — Lechhausen. — Murg. — Rheindahlen. — Schönau. — Volkswirtschaftliches und Soziales: Die Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit. — Schutz vor Lungentuberkulose. — Versammlungskalender. — Adressenänderung. — Sterbe-Tafel. — Literarisches. — Anzeigen.